

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

51/52 (27.12.1950)

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 51/52 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt 400000)

Karlsruhe, 27. Dezember 1950

56 D-Pfennige

Weihnachtsgeschäft besser als 1949

Gespräche um den Interzonenhandel wieder in Gang - Mehrere Preiserhöhungen angekündigt
Kälteeinbruch erhöht Arbeitslosenzahl - Steuereinnahmen steigen - Handelsdefizit halbiert

Die vergangene Woche war voller Ereignisse. Von der sonst üblichen Stille vor dem Weihnachtsgeschäft war politisch nichts zu spüren: im Gegenteil. Die politische Maschine läuft auf Hochtour, und bis in das Wochenende um den heiligen Abend wird über Fragen entschieden, die für Deutschland von schicksalhafter Bedeutung sind.

Auf wirtschaftlichem Gebiet brachten die beiden letzten Wochen vor Weihnachten eine Reihe von angenehmen und eine Reihe von unangenehmen Nachrichten. Die angenehmen: Das ausgezeichnete Weihnachtsgeschäft, der Ausverkauf der Einzelhandelsbetriebe, hohe neue Auftragsbestände im Werkzeugmaschinenbau

und eine Besserung der Handelsbilanz für November. Die unangenehmen: die 10-t-Schmelzdepression des Dortmund-Hörder Hüttenvereins wird demontiert, der Butterpreis ist um 20 Pf. das Pfund erhöht worden, Weihnachtsgratifikationen sind nur bis zu 100 DM steuerfrei und Betriebsbeschränkungen infolge Rohstoffmangels.

Neue Wege im Interzonenhandel

Ehe wir auf diese einzelnen Positionen einzeln zurückkommen, sei hier zunächst ein paar Worte zum Interzonenhandel. Gerade in den letzten Wochen ist man in Frankfurt wieder sehr aktiv gewesen. Die Interzonenhandelskommission hat sich in der letzten Sitzung mit dem Interzonenhandel als einem zentralen Thema beschäftigt. Die Interzonenhandelskommission hat sich in der letzten Sitzung mit dem Interzonenhandel als einem zentralen Thema beschäftigt. Die Interzonenhandelskommission hat sich in der letzten Sitzung mit dem Interzonenhandel als einem zentralen Thema beschäftigt.

die Preise nicht in Deutschland — man mehr — sicher dringender benötigt wird als in England. Wenn es auch um die Aluminiumwerke Torging und um den S. Hochhofen in Watenstedt geht, so sind die beiden anderen genannten Demontagen keineswegs dazu geeignet, außenpolitisch günstig zu wirken. Innenpolitisch wirkt es sehr unangenehm, daß trotz mehrfacher Vorbehalte der Bundesregierung die steuerfreie Grenze der Weihnachtsgratifikation nicht erhöht wurde und daß sich das häßliche Spiel des vorigen Jahres vor den Augen aller Deutschen wiederholt, die doch immer demokratischer werden sollen.

Saisonanstieg der Arbeitslosenzahl

Bedenklich ist die Zunahme der Arbeitslosenzahl in der ersten Dezemberhälfte um 145.000. Man kann allerdings deutlich erkennen, daß es sich hierbei fast ausschließlich um die übliche Saisonerechnung handelt. Der Kälteeinbruch erschwert die Außenarbeiten, und so waren fast nur die Arbeiter von dieser Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen. Immerhin zeigt die Gesamtzahl der Arbeitslosen von fast 1 1/2 Millionen gerade jetzt wieder deutlich, was wir im nächsten Jahre zu tun haben werden.

Steigende Steuereinnahmen

Beim Übergang zu den erfreulichen Nachrichten die Feststellung, daß sich die Steuereinnahmen des Bundes im Oktober günstig entwickelt haben. Die Oktober-Einnahmen der Länder liegen erheblich über den Einnahmen von Juli und August, in denen ebenfalls keine Vorauszahlungen zu leisten waren. In diesen Monaten waren jeweils rund 100 Mill. DM weniger vereinnahmt worden. Die Einnahmen der Umsatzsteuer erreichten im Oktober mit 674 Mill. DM einen neuen Rekord und lagen um etwa 120 Mill. DM über den Einnahmen des Vorjahres. In den letzten Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr vergrößert. Das ist erfreulich, wenn man an die kommenden Belastungen denkt, erfreulich, weil damit das Defizit kleiner wird, aber wenig erfreulich für die Wirtschaft, die diese Steuern zahlen muß.

Produktionsanstieg

Besonders erfreulich ist die Steigerung der Kohlenproduktion, die einen Nachkriegsrekord erreichte. Die industrielle Produktion in Nordrhein-Westfalen hat im November, trotz Kohle- und Rohstoffmangel, ihre steigende Tendenz fortgesetzt und 121% des Jahres 1936 erreicht. Im Oktober, der Produktionsspitze von 1936 erreicht, stieg im November auf 107%. Auch die Lebensmittelverarbeitungsindustrie haben einen weiteren Zugang an Abschüssen zu verzeichnen.

Gutes Weihnachtsgeschäft

Das Weihnachtsgeschäft ist soweit es sich heute überblicken läßt, wesentlich besser gewesen als im Vorjahr. Die Textilgeschäfte haben sehr günstige Umsätze erzielen können. Im Anfang Dezember wurden vornehmlich große Artikel gekauft, in den letzten Tagen vor Weihnachten mehr kleinere Gegenstände, ohne damit ein Abwinken der Umsatzschätze verstanden war. Im allgemeinen lagen die Umsätze mindestens um 20% höher als im Vorjahr. Die Läger waren gut gefüllt und im allgemeinen den Anforderungen gewachsen. Hier und da ergaben sich in Wellwaren einige Engpässe und in diesen Waren wird auch die Nachbeschaffung nach den Feiertagen nicht ganz leicht sein. Die Kunden kauften wahlweise, bevorzugten gute Mittelware und achteten dabei genau auf Preis und Güte. Bei Textilien, insbesondere bei Strümpfen, wurden Lücken durch reichliches Nylon- und Perlon-Angebot ausgefüllt. Hiesige Konsumverfälschung ist die deutsche Spielwarenindustrie, die ihren Export vertriebsmäßig konnte. Eine ganze Reihe von Spielwaren waren einige Tage vor Weihnachten nicht mehr zu erhalten, insbesondere Spielwaren, die aus Metall sind.

Gebesserte Handelsbilanz

Zur positiven Seite in der Beurteilung der deutschen Wirtschaft gehört auch der Außenhandel. In vielen Industriezweigen steigt der Anteil des Exports an der Produktion weiter. Die Anfragen aus dem Ausland nehmen immer noch zu. Immer wieder melden sich Länder, die die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland aufnehmen wollen. Am deutlichsten spiegelt sich dies in der Besserung unserer Handelsbilanz wieder. Die Einfuhr Westdeutschlands hat von Oktober zum November 1950 um 1 3/4 Mill. DM auf 1 177 Mill. DM, also um 10% abgenommen, die Ausfuhr dagegen stieg um 600 Mill. DM auf 673 Mill. DM, also um 9%. Damit sank der Einfuhrüberschuss (bisherhin 413 Mill. DM) auf 204 Mill. DM. Der Einfuhrüberschuss hat sich damit um 50% ermäßigt. Das ist wirklich eine erfreuliche Entwicklung.

Börsen freundlich

Diese günstige Außenhandelsentwicklung war einer der Gründe dafür, daß die deutschen Börsen in der zweiten und dritten Dezemberwoche ein freundliches Gesicht trugen. Dazu kamen Meldungen über weitere Kapitalumlagen im Verhältnis 1:1, die endgültige Zustimmung der OEEC zu dem Kredit von 120 Mill. Dollar und die Hoffnung auf eine freund-

Ein gutes Jahr ging, ein hartes kommt

Eine Jahresrückbetrachtung hat nur Sinn, wenn man die Tatsachen und Entwicklungen hervorhebt, aus denen Konsequenzen für das kommende Jahr gezogen werden können. Dies aber ist an der Jahreswende von 1950 auf 1951 fast unmöglich, weil die entscheidende Voraussetzung fehlt, nämlich daß die deutsche Wirtschaft sich aus der Wirtschaft unregelmäßig und Entwicklungsgeraft entziehen kann. Im vorigen Jahr war diese Voraussetzung fast vollständig gegeben. Man konnte damals allein mit wirtschaftlicher Erfahrung und einem Sinn für wirtschaftliche Möglichkeiten Prognosen stellen, darum war die Entwicklung auch bis zur Mitte des Jahres 1950 so, wie man sie erwartet hat.

Bei der Korea-Krise und immer stärker werdend bis zu Brüssel liegt der Schatten der Politik über unserer Wirtschaft und der Wirtschaft der westlichen Welt. Daraus ergibt sich die Einstellung, die wir diesem Aufzuge geben müssen. Das große äußere Einwirkende heißt 1. die deutsche Wirtschaft, 2. die Wirtschaft der westlichen Welt, 3. die Wirtschaft der Sowjetunion und 4. die Wirtschaft der USA. Die Auswirkungen der deutschen Wirtschaft auf die Wirtschaft zu 2, wie bei 3, die Auswirkungen auf uns festzustellen haben. Innerhalb dieser großen Einwirkung werden wir nach Voraussetzungen einzuwirken haben, wobei wir nicht die billige Einstellung Krieg oder Frieden, sondern eine Art stufenweise Einleitung, eine Steigerung in den Voraussetzungen wählen.

Produktion stieg um mehr als 30 Prozent

Es ist heute nur noch für den Historiker der Wirtschaft interessant, wie sich unsere Wirtschaft bis zur Mitte dieses Jahres entwickelte. In die kommende Zeit können wir nur die Erfahrung hinüberbetonen: daß die freie und soziale Marktwirtschaft — allerdings nicht ohne wesentliche Unterstützung durch das Ausland, die langsam aber sicher geringer werden könnte — in einer kaum von Optimisten erwarteten Schnelligkeit eine Aufwärtsbewegung der deutschen Produktion bei steigenden Löhnen und sinkenden Lebenshaltungskosten erreicht hat. Die andere Erfahrung, daß die so genannte stark zu einer gewissen Steigerung des Außenhandels führte, ist nur noch bedingt anwendbar: den im Zuge der kommenden Entwicklung werden, gelinde ausgedrückt, andere Bedingungen für die Liberalisierung gegeben sein, bei denen wir allerdings die bisher gemachten Erfahrungen hoffentlich geschickt genug zu nutzen verstehen. Lassen wir dafür ein paar nüchterne Zahlen sprechen: Der Gesamtindex der industriellen Produktion (1936 = 100) lag im Oktober 1949 bei 94 und im Oktober 1950 bei 125. Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen zeigte dabei gar nicht so starke Unterschiede. Das ist das Verblüffende. Es wurde gelegentlich versucht zu berechnen, daß die Konsumgüterindustrie eine stärkere Steigerung gezeitigt hätte als die Investitionsgüterindustrie, aber das stimmt bei der Gesamtübersicht nicht, höchstens wenn man ein besonderes Konsumgut einem speziellen Produktionsgut gegenüberstellt. So bei der Bleichkohlenförderung, von der jetzt behauptet wird, sie sei etwas hinter der Produktionsentwicklung der anderen Industrie zurückgeblieben, ist von der zweiten Novemberwoche 1949 auf 2,18 Mill. t, also im gleichen Verhältnis gestiegen, wie der Gesamtproduktionsindex.

5 Prozent mehr Beschäftigte

Vergleicht man mit diesen Zahlen die Zunahme der Beschäftigten, dann kann man leicht feststellen, daß die Produktion pro Kopf der Beschäftigten erheblich zugenommen hat, was sowohl auf höhere Leistung des einzelnen als auf Rationalisierung oder zumindest auf stärkere Ausnutzung der Kapazität zurückzuführen ist. Von dritten Quartal 1949 sind 12,6 Millionen Beschäftigten stieg diese Zahl bis zum ersten Quartal 1950 auf 14,1 Millionen, das sind nur rund fünf Prozent mehr. Man mag diese Entwicklung bedauern, wenn man an die sehr hohe Zahl der Dauerbeschäftigten denkt, aber es ist in längst festgestellt worden, daß die Einstellbarkeit dieser Dauerbeschäftigten sehr gering ist und darum selbst bei noch stärkerer Steigerung der Produktion kaum mit einer wesentlichen Minderung dieser auf etwa

800.000 bis 800.000 zu berechnenden Zahl zu rechnen ist. Stellen wir aber fest, daß mit Ausnahme der Monate September und Oktober die Arbeitslosigkeit im Jahre 1950 immer höher lag als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1949, so ist dies eine an sich bedenkliche Erscheinung. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß dieses Mehr an Arbeitslosen durchschnittlich nur etwa 300.000 bis 300.000, die Zunahme der Beschäftigten aber etwa 700.000 betrug. Auch das Verhältnis von Beschäftigten zur Gesamtbevölkerung ist außerordentlich günstig. In Westdeutschland kommen nämlich über 47,5 Millionen Bevölkerung auf einen Beschäftigten und zwei weitere Nichtbeschäftigte. Aus alledem ergibt sich, daß in den registrierten Arbeitslosen nur noch eine geringe überschüssige Reserve vorhanden ist und daß nur noch von der stillen Arbeitslosigkeit eine weitere Ermittelbarkeit erwartet werden kann. Inwieweit ist seit Jahresfrist aus dieser stillen Arbeitslosigkeit die gesamte Zunahme der Beschäftigten von rund 120.000 Menschen entstanden. Das werden im wesentlichen Frauen und Flüchtlinge sein. Es ist anzunehmen, daß eine Reserve in ähnlicher Höhe noch zur Verfügung steht.

Engpaß der Kapazitäten

Setzen wir hier unsere stufenweise Voraussetzungen einmal an. Gelingt es, für eine weitere Produktionssteigerung die notwendigen Rohstoffe heranzuschaffen, so dürfte im kommenden Jahr bis zu einer weiteren Steigerung der Produktionsindex um 15 bis 20 Prozent von der Seite der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte kaum ein Engpaß entstehen. Viel näher liegt allerdings der Engpaß der Kapazitäten. Dies ist wohl in den einzelnen Industriezweigen sehr verschieden; je stärker man von der Fertigungsindustrie zur Rohstoffproduktion zurückgeht um so wichtiger wird dieser Engpaß. Bei Kohle und einigen Metallwaren (Nichteisen) zeigen wir diese Engpässe schon zu deutlich. Steigern wir die Voraussetzungen dahin, daß die Rohstoffe durchgelassen werden, d. h. daß wir für bestimmte Produktionen ausreichend Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, dann verlagert sich das Bild bereits sehr stark; denn dann treten für die nichtbevorzugten Industrien sofort Rohstoffmangel und Entlassungserzwingungen auf. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Produktion vor einer erheblichen Wadlung steht. Unsicherheit als heute kann der Schritt in

ein neues Jahr gar nicht sein. Wir wissen nicht, was unsere eisenerzeugende, unsere elektrisch-elektronische, unsere chemische, unsere optische und vielleicht auch unsere Textilindustrie aus Aufträgen für fremde oder inländische für wirtschaftsfremde Aufträge erfüllt, für die Rohstoffe zur Verfügung stehen oder gestellt sind für die Beschäftigten und Kapazitäten bereitgestellt werden müssen. Von freier Marktwirtschaft kann dann nur noch außerhalb dieses Programms gesprochen werden und daß, unter dieser Voraussetzung, wahrscheinlich wenig genügend Rohstoffe noch genügend Kapazitäten zur Verfügung stehen werden, wird eine hohe Kaukraft auf ein vermindertes Angebot treffen, wodurch sich die üblichen und uns wohl bekannten Klammern ergeben werden. Das heißt nun nicht, daß wir aus diesem Dilemma nur entweder durch Lauflassen der Preise oder durch Beschränkung bis zum kleinsten Konsumniveau herausfinden können. Lösung der Rohstoffe, um die wir nicht herumkommen werden, ganz gleich, welche der oben angegebenen Voraussetzungen wir wählen, bedeutet nach Dinge nicht verläßt auf die freie Marktwirtschaft im Kommunismus.

Hinein in die Kriegswirtschaft!

Man soll sich vor Überreibungen im Wort hüten. Man soll weder bei steigenden Preisen gleich von Inflation sprechen noch das, was uns im nächsten Jahr bevorsteht, als den Beginn einer Kriegswirtschaft bezeichnen. Sicher wird im kommenden Jahr bei uns und in der westlichen Welt eine Tendenz zu steigenden Preisen bestehen und eine Tendenz, die Wirtschaft, zumindest die Produktion, in einer Weise zu regeln, die uns an die Jahre 1939-1941 erinnert. Das von Truman erklärte Notstandsgesetz in den USA ist schon etwas über die Zeiten des zweiten Weltkrieges hinaus.

Die Auswirkungen der deutschen Verhältnisse, die wir hier skizzieren, auf die westliche Welt werden kaum allen wichtig sein, denn das große Potential in den USA entscheidet sich nicht über das Aussehen oder Nichtaussehen der Produktion, die man braucht. Trotzdem haben wir den Eindruck, daß — zumindest für Westeuropäer — ein nicht kleiner Teil unserer Industriepotentialen in die Produktion des Verteidigungsprogramms einbezogen ist. Auch hier wird man nun also auf die Voraussetzungen achten müssen.

Löhne und Preise

Politisch sehr viel wichtiger ist das Problem Löhne und Preise, das wir nun unter den verschiedenen Voraussetzungen betrachten wollen. Bis zur Korea-Krise stieg alles gut. Die Löhne waren Ende 1949 erhöht worden und der Lebenshaltungskosten war laufend genähert, nämlich vom Januar 1949 mit 167 auf seinen tiefsten Punkt mit 148 im August 1950. Noch bevor die Lebenshaltung sich zu verteuern begann, setzten die Lohnforderungen der Gewerkschaften ein, die erreichten, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 die Löhne durchweg um etwa 10% erhöht wurden. Das deutsche Volk war für Preissteigerungen empfindlich geworden. Die Erhöhungen der Preise für Schmelzblech zogen schon, um soziale Gründe zu erweisen. Ausschlaggebend allerdings war die sehr unangenehme Politik der Bundesregierung beim Brotpreis. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß bis jetzt die seit dem Sommer 1949 durchgeführten Lohnsteigerungen größer waren als die Erhöhung der Lebenshaltungskosten entsprach.

Angekündigte Preiserhöhungen

Diese Bild wird sich, gleich im Anfang des nächsten Jahres ändern. Fast in jeder Branche sind Preiserhöhungen angekündigt oder bereits beschlossen. Leider hat die Bundesregierung wieder einmal mit Lebensmittel den Anfang gemacht und den Butterpreis erhöht. Und jetzt wollen die Ribbenbauern mehr für ihre Zuckerrüben haben, also wird auch der Zucker teurer werden müssen. Jedoch schon bevor die deutschen Bauern ihre nächste Ernte an den Zuckererzeugern bringen, denn der im Inland erzeugte Zucker reicht nicht, und der Auslandszucker ist viel teurer. Der Zentner Haubrand-

Kohlen wird um etwa 20, Koks um etwa 40 Pf. teurer werden. Preiserhöhungen haben angekündigt: die Industrie der Herde und Öfen, die Rundbahnindustrie, die Möbelindustrie und die Zellwolleindustrie. In diesen Industriezweigen bewegen sich die Preiserhöhungen zwischen 3 und 10%. Sehr viel größer werden die Preiserhöhungen in Textilien und Schuhen sein. Bei Schuhen wird man mit einer Preissteigerung um etwa 15%, bei Stoffen von mindestens 20% rechnen müssen. Auch die Gummwaren, also Fahrrad- und Auto-Reifen und -Dedern, die schon eine Preiserhöhung hinter sich haben, werden im Februar wohl noch einmal ihre Preise heraufsetzen. Über die Auswirkung der bis zum 31. März 1951 geltenden Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise läßt sich heute nur sagen, daß 1. diese Preiserhöhungen auf alle Fälle im Verlaufsfrist erhöhen werden, wahrscheinlich in voller Höhe, und 2. als 1. April 1951 eine weitere Preiserhöhung in Kohle und Eisen notwendig sein wird, ganz gleich, von welcher der hier besprochenen Voraussetzungen wir ausgehen.

Lohnsteigerungen werden folgen

Es ist also mit Sicherheit anzunehmen, daß gleich zu Beginn des neuen Jahres neue Lohnforderungen aufreizen werden, diesmal mit stärkerem Recht als im Jahr 1950. Nicht weil der Öfen und der Radio-Apparat teurer werden, sondern weil die Arbeiter für Wohnung bestimmt erhöht werden, weil die deutsche Landwirtschaft bessere Preise für ihre Erzeugnisse durchsetzen wird (siehe Butter) und — als dunkle Wolke — der Zucker aus eigener

Fortsetzung auf Seite 3



Wir bringen in dieser Ausgabe auf Seite 11 eine Reportage über das Schwingfeuerwerk 8 191 der Helmsorten-Gesellschaft Überlingen (Baden). Dieses Helmsortenwerk wurde in der Zeitperiode 1949/50 in einem Großverkauf auf breiter Basis erprobt. Unser Bild zeigt einen Triebwagen, der mit Schwingfeuerwerk ausgestattet ist.



TURM *und* BRÜCKE

– die Wahrzeichen unseres Unternehmens – sind
 Symbol für unser Streben, mit dem Erfahrungsschatz von acht Jahrzehnten den Fortschritt unserer Zeit zu verbinden und eine stets **zuverlässige Qualität** unserer Erzeugnisse zu verbürgen.

Aus unserem Produktionsprogramm:

**Farbstoffe • Färbereihilfsprodukte • Textilveredlungsmittel • Gerbstoffe • Arzneimittel
 Chemikalien • Lackrohstoffe • Kunststoffe
 Zwischenprodukte • Stickstoffdünger • Pflanzenschutzmittel • Schädlingsbekämpfungsmittel**

Arzneimittel-Kontore in:

Bamberg, Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Köln, Lippstadt, München, Stuttgart

Beratungsstellen (Farben und Chemikalien) in:

Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Kassel, Krefeld, München, Nürnberg, Stuttgart, Wuppertal-Barmen

Büros der Gruppe Landwirtschaft in:

Bamberg, Frankfurt a.M., Hannover, München, Stuttgart

Vertretungen im europäischen und überseeischen Ausland

FARBWERKE HOECHST

vormals Meister Lucius & Brüning

Frankfurt (M)-Höchst



Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Die Aufhebung der Verfügung der Oberfinanzdirektion Freiburg zur Einschränkung des kleinen Grenzverkehrs (insere Meldung an dieser Stelle in der letzten Ausgabe) fördert der badische Landtag und auch der Einzelhandelsverband Südbaden. Außenstelle Lahr. Die zwangsläufig einwirkende Schädigung anderer, zu dem unbeschränkten kleinen Grenzverkehr profitierenden Berufsgruppen (z. B. Gaststätten, Zahnärzte und Friseur) stehe in keinem Verhältnis zur Wahrung der Interessen des Einzelhandels, dessen Notwendigkeit durch örtliche Steuererleichterungen zu beheben seien. Der Einzelhandel hält eine derartige Steuererleichterung auch für Kaffee- und Tee für erforderlich.

Ungefähr 700 Gewerbetreibende sind bisher nach Köln zurückgekehrt. 600.000 DM aus der Soforthilfe und 480.000 DM aus ERP-Mitteln wurden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach Köln gesteuert. Die Steuerbefreiung heißt trotz der etwas geringeren Verlastungen von französischen Besitz, daß 1951 weitere Städte von den Franzosen geräumt werden. Dazu soll der Wiederaufbau der Trippelstraße und der Bau einer neuen Sperrstraße mit 220000 Geldern erfolgen.

Der Umschlagverkehr der Rheinlinie Mannheim und Karlsruhe betrug im November: Mannheim: 279 471 t (313 437 t Oktober); davon Anfuhr 241 231 t (282 943), Abfuhr 34 240 t (28 944). Karlsruhe: 125 186 t (160 309); davon Anfuhr 112 880 t (137 975), Abfuhr 22 306 t (22 331). Das Ansteigen der Mannheimer Abfuhr war durch Exportgüter der Industrie bedingt. Die niedrigen Anfuhr in beiden Häfen zeigen im wesentlichen Mindererlöse an Brennmaterial, Treibstoffen und Getreide. An über 1900 Lkw und Pkw vom Typ „170 S“ von Daimler-Benz wurden in diesem Jahr über die Häfen Karlsruhe und Mannheim nach Südamerika verschifft.

Die tiefste Bohrung auf Erdoil nach dem Krieg führt zur Zeit die Badische Erdölwerk GmbH Ulmstadt bei Ellingen durch. Die im letzten Jahrzehnt systematisch im Rheintal durchgeführten Bohrungen führten bei Bistritz zu Ölverkommen in einer Tiefe von 480 m und bei Bismuthal in 1300 m Tiefe. Die geologischen Untersuchungen führten zu der Annahme, daß im Ellinger Forst in ungefähr 2000 m Tiefe Öl flüssig werden müßte. Die Bohrung ist lediglich ein Glied in der Kette der planmäßigen Erforschung der Rheiniederung, die seit längerem nach der wissenschaftlichen Untersuchungsmethode wieder durchgeführt wird. Ob und wieweit eine wirtschaftliche Ausbeutung lohnend sein wird, hängt auch von den Ergebnissen der Bohrungen bei Ellingen ab.

Zusammen mit der Wiederverteilung der Stadtrechte an die Gemeinde Blumberg fand am 18. 12. in feierlichem Rahmen die offizielle Inbetriebnahme der neuen Taschentuchfabrik der Firma „Spinnerei Lauffenmühle O. Wöhrler KG“ statt. Anfang August 1949 wurde der Grundstein zu dieser neuen Fabrik gelegt und jetzt sind 300 von den 500 vorgesehenen modernen Webstühlen in der großen Werkhalle eingelaufen. Nach Vollendung des Anbaus werden in dem von der Demontage besonders schwer betroffenen Blumberg in diesem Werk etwa 500 Heimatvertriebene und Einzelheimatliche täglich 12.000 Dutzend Taschentücher fertigen. Das Unternehmen ist das jüngste Glied in der Kette der Neugründungen, die von der ansehnlichen schlesischen Textilindustriefamilie Winkler im Bundesgebiet nach dem Verlust ihrer Betriebe in der Ostzone aufgebaut wurden. Vor dem Kriege beschäftigte die Familie Winkler in ihren verschiedenen Betrieben im Osten fast 8000 Menschen und heute sind es in den neuen Werken im Bundesgebiet über 2000. Nach den Entwürfen von Prof. Dr. Ercmann wurde dieser moderne Industriebau ausgeführt, der „ein Gemälde für Auge und Geist“ ist, wie es so treffend die französische Erzeugnisse bei der Eröffnung formulierten. Auf der Titelseite unserer Ausgabe vom 15. 12. brechen wir eine Gesamtansicht des Werkes im Obergeschoß der eigentlichen Maschinenhalle. Links ist ein kleiner, durchsichtiger Fensterrahmen mit dem ganze Gebäude, der aber nicht als Lichtträger dient. Er soll den bei Tage durchfallenden Menschen lediglich das Gefühl schenken, in einem Bunker zu arbeiten. Lichtpendel sind bei Tag und Nacht als die Tagelicht-Leuchtmittel, mit denen der ganze Bau tatsächlich taghell und abendrot erleuchtet ist. Eine besondere Klimaanlage sichert eine gleichmäßige Temperatur und Feuchtigkeit der Luft in allen Räumen. Als Belüftung beschaffte der Justizrat, Herr, Helmut Winkler, die Förderung, die das Unternehmen durch die badische Landesregierung erfahren hat.

Rheinland-Pfalz

Ein Verbot für Neuanlagen von Weinbergen hat das Landwirtschaftsministerium ausgesprochen. Gefühnsstraßen bis zu 10.000 DM und zwangswise Beseitigung verfallender Anlagen wurden angekündigt. Begründet wird diese Verordnung wie folgt. Es soll verhindert werden, daß durch die Ausdehnung des Weinbaus auf minderwertigen Böden ein Überangebot an minderwertigen Weinen entsteht, das dem Qualitätsbegriff des deutschen Weins nur schwersten Abbruch tun würde.

Der Umschlagverkehr des Rheins Ludwigshafen am Rhein betrug im November 234 254 t (233 231 t Oktober). Die Zufuhr von Brennstoffen vergrößerte sich von 92 018 t im Vormonat auf 93 113 t, während die Gruppe Industrie-Rohstoffe um 17 Prozent von 11 833 t auf 13 822 t anstieg. Alle übrigen Güter hielten sich ungefähr auf der gleichen Höhe der Vormonats.

Württemberg

Trotz der nicht unerheblichen Schwierigkeiten, die der Industrie bei der Rohstoff- und Energieversorgung entstanden, ist in Württemberg-Baden im November das Produktionsniveau weiter um 4,7 auf 145,7% (ohne Industrie) gestiegen. In den letzten vier Monaten wurde die industrielle Erzeugung des Landes insgesamt um 20% gesteigert. Die Auftragsbestände übertrafen die Umsätze des Vormonats um 27%. Rückläufe war die Entwicklung bei den Sägewerken, der chemischen Industrie und bei Steine und Erden. Während

die Produktionsgüterindustrie ihre Fertigung um 2% steigerte, war die Verbrauchsgüterindustrie an der Produktionssteigerung des Berichtsmonats mit einem Mehr von 7% beteiligt. In der Eisen- und Stahlwarenindustrie betrug die Zunahme gegenüber dem Oktober 1950. Das bedeutet im Vergleich zum November 1949 eine Steigerung um 29%. Die immer höherer werdende Rohstoffverknappung und das Abfallen der Auftragsbestände bei den bedeutendsten Branchen lassen ein Abfallen dieser günstigen Entwicklung als unwahrscheinlich erscheinen. Durch die Witterung begünstigt, stieg auch die Baustätigkeit höherer Ziffern als im November 1949. Mit 28 400 abgegebene Auftragsbestellungen wurden die Exportaufträge des Oktober um 21% übertrafen, und der Exportwert im Vergleich zum Monat November 1949 verdreifacht. Die amtlichen Indizes für die Verbraucherpreise zeigen den Preisanstieg wie folgt: Nahrungsmittel um 1,1, Bekleidung um 0,9 und Hausgut um 1%. Nach dem starken Rückgang seit Ende Februar hat die Zahl der Arbeitslosen in Württemberg-Baden im Jahresvergleich im November ebenfalls wieder um 1949 auf 48 378 gesunken. Im November 1949 waren 59 443 registriert. Über die Hälfte der neuen Arbeitslosen entfielen auf die Bau- und Baustoffindustrie. In der Industrie (ohne die Bauwirtschaft) stieg die Beschäftigtenzahl von 914 000 im Oktober auf 919 000 im November. Um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf dem Bau zu verhindern, trat das Landesparlament mit der Landesvereinsgesetzgebung, dem Industrieverband Bau-Stellen-Zentren und dem Bauwirtschaftsverband Württemberg-Baden eine Vereinbarung, nach der die Arbeitgeber des Hoch- und Tiefbaus, des Dachdecker- und des Gipsergewerbes in der Zeit vom 15. 12. bis 31. 1. 1951 eine Ausfallunterstützung ähnlich der Regelung im Vorjahr erhalten, wenn sie auf Baustellen bei Außenarbeiten beschäftigt sind, die Arbeit wegen starken Schneeeinfalls oder Frost nicht fortsetzen können.

Oberrdorf a. N., die frühere Messerfabrik, besonders neue Industrie. Auf dem Gelände der ehemaligen Messerwerke werden in Kürze die „Messerfabrik Oberrdorf“ und die Zweigfabrik der Kleinle-Applare-GmbH, Villingen, die Produktion aufnehmen. Man hofft, daß diese Betriebe ungefähr 200 der in Oberrdorf nach Arbeitslosen und in beruflicher Tätigkeit stehenden Metallarbeiter aufnehmen werden. Viele der alten Messerexperten arbeiten heute in Frankreich.

Oberrdorf a. N., die frühere Messerfabrik, besonders neue Industrie. Auf dem Gelände der ehemaligen Messerwerke werden in Kürze die „Messerfabrik Oberrdorf“ und die Zweigfabrik der Kleinle-Applare-GmbH, Villingen, die Produktion aufnehmen. Man hofft, daß diese Betriebe ungefähr 200 der in Oberrdorf nach Arbeitslosen und in beruflicher Tätigkeit stehenden Metallarbeiter aufnehmen werden. Viele der alten Messerexperten arbeiten heute in Frankreich.

Bayern

Bayern wird nach in dieser Woche mit der Ausgabe von Steuerbescheiden beginnen, wie aus dem bayerischen Finanzministerium zu erfahren ist. Man rechnet grundsätzlich nicht mit Uebernahmehochrechnungen, da dem Betrag von 156 Mill. DM in Gutscheinen, die bis 31. 12. 1950 eintritt werden sollen, 20 Mill. DM Steuer-Ermäßigungen gegenüberstehen. Allerdings werden vorübergehende Spannungen für möglich gehalten. Es wird angenommen, daß mittelfristig die meisten Zahlungsmittel, erwirtschaftet werden. Der Ausgabebetrag dieser mit 8% verminderten Papiere ist, falls Möglicherweise werden die Steuerpächter später in eine Anleihe umgewandelt. Steuerbescheide können zur Bezahlung von Lieferungen und Leistungen an den Staat verwendet werden. Ferner können sie bei Staatsanleihen zur Ausgabe werden, wie auch bei Realisationserwerb des Staates usw. Ein Ansatzverbot besteht hingegen nicht. Eine größere Anzahl von Steuern und Abgaben sowie Steuerminimale, nicht Rücklagen, Binn- und Wechselsteuer, können mit Steuerpächtern bezahlt werden, soweit der bayerische Staat Steuerpflichtiger ist. Die Frage des Besenbundes ist noch nicht geklärt.

Das bayerische Betriebsrätegesetz ist nach Mitteilung der bayerischen Staatskanzlei vom 12. 12. mit dem 30. 12. 1950 in Kraft getreten. Ein Gesetz der Reichskommission sollte das Konfliktgesetz Nr. 30 für Bayern rückwirkend ab 30. 11. 1950 außer Kraft.

Hessen

Die Mitglieder des deutschen Normenausschusses (DNA), der auf gesamtdeutscher Ebene arbeitet, trafen am 15. Dezember in Kassel als Unterausschuß des DNA einen Fachnormenausschuß „Chemischer Apparatebau“. Zum Vorsitzenden wurde Oberingenieur Dr. Erich Haas, IASP-Ludwigshafen, gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dipl.-Ing. Neumann, Leipzig, bestellt. Aufgabe des neuen Fachausschusses ist die Normung von Apparaten und Zubehör sowie von Güteverhältnissen für Material entsprechend den Bedürfnissen der obersten Industrie im gesamtdeutschen Raum. Zur Bearbeitung der einzelnen Sachgebiete wurden mehrere Arbeitsgemeinschaften gebildet, die sofort die Normenarbeit aufnehmen sollen. An der Tagung nahmen unter Vorsitz von Dr. Friedrich Lorenz, Ludwigshafen, 90 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und der Sowjetunion teil. Der DNA heißt ständige Verbindung mit den Normenausschüssen des Auslandes.

Nordrhein-Westfalen

Anlässlich eines Vortrages bei der Industrie- und Handelskammer Essen verwies der Bundesverkehrsminister auf die Notwendigkeit, die Teile im gesamten Verkehrsgewerbe zur Sicherung der Substanzhaltung auf die Kostenlage der Unternehmen abzustimmen. Die große Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben bei den Bundesbahnen würde auch durch die am 1. Januar 1951 in Kraft tretenden Tarifherhöhungen nicht beseitigt. Auf die verschiedenen Kapitalisierungsprojekte eingehend meinte Dr. Siebold, daß die Vordringlichkeit die Mittelwasser und der Dortmund-Ems-Kanal ausgeht und dies müßten. So wenig auch die anderen Projekte seien, so fehlen aber dem Bund die Mittel, die Hochrhein- und Moselregulierung und den Aachen-Meuse-Kanal in absehbarer Zeit in Angriff zu nehmen.

Der Hagen Mühlstein-Bau ist jetzt durch einen Beschluß des Bundesverkehrsministers zum Rheinhafen erklärt worden. Damit wurde einem Antrag der anliegenden Industrie entsprochen, die die Sonderlasten, die auf den Verfrachten im bisherigen Kanalhafen-Mühlstein lagen, aufzuheben haben sollte. Wie die Wasserstraßenverwaltung dazu mittel, können diese Sonderlasten aber nicht in Betracht, da die Gleichstellung mit den Rheinflüssen (Mühlstein in wirtschaftlicher Hinsicht erfolge). Die Beteiligten werden in Kürze haben, was dann eigentlich die „Gleichstellung“ für Mühlstein bedeuten wird.

Diese Sonderlasten aber nicht in Betracht, da die Gleichstellung mit den Rheinflüssen (Mühlstein in wirtschaftlicher Hinsicht erfolge). Die Beteiligten werden in Kürze haben, was dann eigentlich die „Gleichstellung“ für Mühlstein bedeuten wird.

Unter Mitwirkung ausländischer altbewährter Fachkräfte der Hütte im ostdeutschen Raum entstehen BRABAC (Braunbohlen-Braun-AG) wird zur Zeit als Mühlstein-Hütte die „Mühlstein-Hütte Braunschweig GmbH“ genannt. Man hofft, Mitte 1951 die Produktion mit der Verarbeitung ausländischer Rohstoffe aufnehmen zu können.

In Anbetracht des großen Defizits, das der Abschluß des laufenden Geschäftsjahrs festzuweisen wird, hat sich der Landesfinanzminister zur Abmilderung des Kabinettdefizits verständigt, durch den aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen 134 Millionen für die Elektrifizierung des Ruhrgebietes zur Verfügung gestellt werden sollten. Da die weitgehende Elektrifizierung für die wirtschaftliche Leistung des Ruhrgebietes von ausschlaggebender Bedeutung ist, hofft man, ausländisches Kapital für die Durchführung des Projektes zu erhalten.

Nach einer Mitteilung des Bundesfinanzministeriums können die in Siegburg auf dem 70% für der ehemaligen Geschichtsbau-Industrie-Unternehmen nicht mit dem Kauf ihres Werkstoffes rechnen, da die langfristige Zielsetzung, daß der Komplex wieder militärischen Zwecken nutzbar gemacht werden könnte.

Die Industriehank in Düsseldorf hat die gemeinsamen Wirtschaft für Übernahmen neuer Aktien im Nennnennbetrag von sechs Millionen DM auf. Die Bank hat in den 12 Monaten ihrer bisherigen Tätigkeit Kredite in Höhe von 295 Millionen DM an die gewerbliche Wirtschaft bewilligt.

Zum neuen amtlichen Vorsitzenden der Vereinigten Stahlkontrollgruppe in Düsseldorf wurde A. C. Hall als Nachfolger des nach dem Verzichten Siebold zurückgetretenen E. Clark ernannt. Seit der Chef der Industriehankung im Amt für Wirtschaftsgesellschaften der alliierten Höhen Kommission mit Mr. Hall war seit 1945 als Wirtschaftsdirektor zunächst bei OMGIN und dann bei der Hochkommission tätig.

Die seit einigen Monaten stark steigende Nachfrage nach Benzol, Naphthalin und Propylkann aus der normalen Erzeugung der Ruhrkohle, nicht mehr befriedigt werden. Die Geschäftsführer des Fachverbandes Kohlechemie Dr.-Ing. Heinz Nohdehoffen, hat über die Gewinnung aromatischer Verbindungen aus anderen Grundstoffen als Kohle für eine wichtige Zukunftsfrage der Kohlechemie. Danach wird eine Steigerung der Kohle-Wertsteigerung seiner Ansicht nach nur durch eine Erhöhung des Kohleresing möglich sein. Eine nicht minder wichtige Aufgabe der Kohlechemie ist, wie Dr. Nohdehoffen festhält, die Wiederherstellung der nicht stillgelegten Hunsrückwerke und der Fischer-Tropsch-Werke. Die an das Fischer-Tropsch-Atomium von November 1949 geschaffenen Einrichtungen, einschließlich der Fischer-Tropsch-Werke haben sich bisher nicht erfüllt. Nohdehoffen weist darauf hin, daß das Fischer-Tropsch-Verfahren keineswegs als veraltet und unwirtschaftlich abgelehnt werden kann, sondern im Gegenteil durch die Entwicklungsarbeiten der Ruhrkohle-AG in Bezug auf Wirtschaftlichkeit auf eine feste Grundlage gestellt worden ist. Eine Lockerung der Verbote der Beschränkungen, dabei die FT-Werke noch unterliegen, ist nach Auffassung Nohdehoffens dringend erwünscht. Auch die Hälfte der Hydrierwerke liegt als Folge der Verbote und Beschränkungen noch still. Für Wiederherstellung ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Die Produktion von Bayer-Perlon in dem Werk Dormagen der Farbwerke Bayer, Leverkusen, ist im August d. J. in größeren Umfang angefahren. Der Bohrer, das Caprolactam, erzeugt das Werk der Farbwerke Bayer in Krefeld-Gevingen. Nachdem Bayer-Perlon als Faser aus der laufenden Produktion in größeren Mengen zur Verfügung steht, sind inzwischen ständige Lieferungen an die Spinnereierfolge. Diese können nunmehr die Faser eingestellt erproben und in ihr Produktionsprogramm aufnehmen. Die Verwendung von Perlon erfolgt durch Beimischung zu Zellwolle oder Naturfasern. Zur Zeit wird Bayer-Perlon zu 50 Prozent mit anderen Textilfasern gemischt verarbeitet. In der Beinverfertigung wird es für die Erzeugung von Fingerringen sowie von Halsbändern und für technische Gewebe aller Art verwendet. Es wird anerkannt zwischen der Erzeugung und den Verarbeitern eines regen Gedankens- und Erfahrungsaustausch zu pflegen. Wenn man will, einer engen Zusammenarbeit für die Weltberufstätigkeit große Bedeutung zu.

Hansestädte

Der erste Nachkriegsneubau der Hamburger Reederei Robert M. Sömann Jr. ist am 8. Dezember auf der deutschen Werft in Hamburg-Eilshausen von Stapel gelaufen. Das Motorschiff, das den Namen „Mossina“ erhielt, hat eine Tragfähigkeit von 2500 t und eine Geschwindigkeit von 13 kn. Es gehört zu einer Serie von vier Schiffen gleicher Größe, die von der Hamburger Reederei in Auftrag gegeben wurden, mit 600 Mitte Januar nächsten Jahres in Fahrt gesetzt werden. Ein zweiter Neubau dieser Serie wird voraussichtlich Ende dieses Monats bei der deutschen Werft von Stapel laufen.

Auf der Bremer Vulkan-Werft in Bremen-Vegesack lief am 8. Dezember ein weiterer Neubau für die Argo-Reederei Richard Adick und Co. das 1500-BRT-Schiff „Erpel“ von Stapel. Der „Erpel“ ist das zweite Schiff der Reederei mit einer besonderen Eierverteilung ausgeführt, die es im Fährdienst besonders geeignet macht.

Als voraussetzliche Daten für die Probefabrik der Frachtmotorschiffe „Karlshaus Jan Reiterke“ — Nordsee J. A. Reiterke, Hamburg — der „Toschke“ — Oberbürgermeisterische Dampfschiffreederei, Hamburg — und der „Claire Hugo Steiner“ — Brenntag, Mühlheim 1949 — steht in dieser Reihenfolge der 2. Dezember, der 20. Dezember und der 3. Januar festgesetzt worden für die Reederei Gebrüder Uhlmann, Hamburg, wird am 20. Dezember ein Frachtmotorschiff von 1800 BRT bei

der Stück-Werft in Hamburg von Stapel laufen. Der zweite Nachkriegsneubau der Reederei Robert M. Sömann Jr. in Hamburg, ein Schwertschiff des am 8. Dezember von Stapel gelaufenen Frachtmotorschiffes „Mossina“, wird am 22. Dezember bei der Deutschen Werft, Hamburg-Fischereierwerft, von Stapel laufen.

Als erster Nachkriegsneubau der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft Hamburg lief das 6300 BRT große Motorschiff „Hansa-Cruis“ bei der Howaldt-Werke AG, Hamburg, am 18. Dezember vom Stapel. Das Schiff wird bei 9400 Tonnen Tragfähigkeit zwei-Kabinen für die Beförderung von Passagieren erhalten. Es soll Hamburg am 22. März 1951 zu seiner ersten Ausfahrt verlassen. Gemeinsam mit drei weiteren Schiffen, die ebenfalls bei Howaldt in Hamburg auf Stapel liegen, und im Laufe der kommenden Jahre fertiggestellt werden, will die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrt wieder aufnehmen.

Auf der Werft der Hamburger Howaldt-Werke wird auch die Fertigstellung der Baugestaltung für deutsche Schiffe bisher auf Einheiten gehalten werden. Die „Hansa-Urania“ ist der größte Schiff, der nach 1945 bei einer deutschen Werft für deutsche Rechnung vom Stapel lief.

Mit der Abkehr der NS-„Asienlinie“ (1951 BRT) am 18. Dezember ab Bremen und am 12. Dezember ab Hamburg plant die Deutsche Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Hansa“ ihren von einiger Zeit angeordneten regelmäßigen Frachtdienst nach dem Mittelmeer wieder auf. Der Dienst wird in monatlichen Abständen von den Schiffen „Asien“, „Griechenland“, „Arabien“ und „Cyprien“ durchgeführt, von denen die „Asien“ als „Hansa-Fahrzeug“ erst am 12. Dezember nach einem gründlichen Umbau von dem ehemals brennenden „Hansa“ von der AG „Weser-Werft“ übernommen wurde.

Die Änderung ihres Firmennamens in „Esso AG“ gibt die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft im Anschluß an ihre neuen in Hamburg abgetrennten amerikanischen Geschäftspartner bekannt. Als eine der europäischen Tochtergesellschaften der Standard Oil Co. (New Jersey) verfügt sie zum Zeitpunkt der Währungsreform über ein Aktienkapital von 117 Millionen DM, das sich nicht verändert hat. Die Gesellschaft beschäftigt zur Zeit etwa 4300 Arbeiter und Angestellte, eine die vielen Tausende zu rechnen, die als Betriebsmitarbeiter und Lieferverwalter dem Kraftverkehr und der Industrie dienen. Die DAG wurde 1904 in Bremen von dem Reedeur Wilhelm A. Hildebrandt als Importeur von Schutte und Sonner und der damaligen Standard Oil Co. gegründet und hat sich seit diesen Tagen zu einem der führenden Unternehmen der deutschen Mineralölwirtschaft entwickelt. Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges lag das Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf dem Import und der Verteilung von Mineralölprodukten. Danach verlegte sie sich auf angeschlossene Erzeugerwerke in Hamburg-Harburg — jetzt Esso-Baustoffe — die deutsche Wirtschaft und eine Exportindustrie mit Bitumen aus der eigenen Verarbeitung importierten Rohöle. In den Nachkriegsjahren hat die DAG nach Wiederaufbau ihrer zu 90% zerstörten Raffinerie und Erstellung neuer Anlagen die Verarbeitung von Rohöl auf nahezu alle Mineralölprodukte aufgenommen. Damit hilft sie der westdeutschen Wirtschaft Millionenwerte in Devisen zu sparen. Nebenbei ihre Produkte haben seit Ende der zwanziger Jahre unter dem weltbekannten Markennamen „Esso“ auf dem Markt erschienen, stellt die Gesellschaft nunmehr auch ihren Firmennamen unter dem weltberühmten, weltweiten Ruf ihrer Marke „Esso“.

Die Arbeitsgemeinschaft für Mikrofilm hat im Mikrofilmverfahren für Bürowerke entwickelt, das sogenannte „Mikrofilmverfahren“. Hierzu ist ein Bündel aus Kunststoff hergestellt, an dem die Aufnahmen in schneller Folge durch von Licht hergestellt werden können. Dieser Tisch ist mit einer automatischen Belichtungsrichtung versehen, die eine gleichmäßige Belichtung gewährleistet. Das Gerät, das voraussichtlich vom Februar nächsten Jahres als Lieferobjekt in etwa 2000 DM kostet, hat eine Größe von 400 x 400 mm. Ein Kopiergerät kostet 150 DM. Das Mikrofilmverfahren wurde am 13. Dezember in Hamburg zum ersten Male der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist aus dem bereits bekannten Mikrofilm-Dokumentverfahren entwickelt worden. Wie die Arbeitsgemeinschaft mitteilt, nimmt eine Mikrofilmregistratur nur ein bis zwei Prozent des von bisher üblichen Registraturen benötigten Raumes ein.

Die Arbeitsgemeinschaft für Mikrofilm hat im Mikrofilmverfahren für Bürowerke entwickelt, das sogenannte „Mikrofilmverfahren“. Hierzu ist ein Bündel aus Kunststoff hergestellt, an dem die Aufnahmen in schneller Folge durch von Licht hergestellt werden können. Dieser Tisch ist mit einer automatischen Belichtungsrichtung versehen, die eine gleichmäßige Belichtung gewährleistet. Das Gerät, das voraussichtlich vom Februar nächsten Jahres als Lieferobjekt in etwa 2000 DM kostet, hat eine Größe von 400 x 400 mm. Ein Kopiergerät kostet 150 DM. Das Mikrofilmverfahren wurde am 13. Dezember in Hamburg zum ersten Male der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist aus dem bereits bekannten Mikrofilm-Dokumentverfahren entwickelt worden. Wie die Arbeitsgemeinschaft mitteilt, nimmt eine Mikrofilmregistratur nur ein bis zwei Prozent des von bisher üblichen Registraturen benötigten Raumes ein.

Die Arbeitsgemeinschaft für Mikrofilm hat im Mikrofilmverfahren für Bürowerke entwickelt, das sogenannte „Mikrofilmverfahren“. Hierzu ist ein Bündel aus Kunststoff hergestellt, an dem die Aufnahmen in schneller Folge durch von Licht hergestellt werden können. Dieser Tisch ist mit einer automatischen Belichtungsrichtung versehen, die eine gleichmäßige Belichtung gewährleistet. Das Gerät, das voraussichtlich vom Februar nächsten Jahres als Lieferobjekt in etwa 2000 DM kostet, hat eine Größe von 400 x 400 mm. Ein Kopiergerät kostet 150 DM. Das Mikrofilmverfahren wurde am 13. Dezember in Hamburg zum ersten Male der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist aus dem bereits bekannten Mikrofilm-Dokumentverfahren entwickelt worden. Wie die Arbeitsgemeinschaft mitteilt, nimmt eine Mikrofilmregistratur nur ein bis zwei Prozent des von bisher üblichen Registraturen benötigten Raumes ein.

Niederrhein

Die Ostzone hat mit steigender Wirkung die Lieferung von Schwelkohle an die Röhre Wasserstoff eingestellt. Zur Erzeugung bezog das Wasserstoffwerk Westfalen, an 10.000 Tonnen Schwelkohle an der Ostzone. Wenn nicht Erzeugnisse aus dem Bundesgebiet die Produktion sicherstellen können, wird die Belieferung des Betriebes unvermeidbar sein.

Die Demontage des Hohenfels V in Wasserstoff-Salzgerat ist „bis auf weiteres“ zurückgestellt worden. So lautet die Antwort des britischen Oberkommandos, Sir Ivor Kierulff, auf den jüngsten Einpruch der Bundesregierung.

Zwischen Weidhausen und Neujahr ruht die Produktion des Volkswagenwerkes, weil die Vorlieferanten von Wolfsburg Kohlenlieferungen einstellen müssen. Die Sicherung der Kohlenlieferungen ist die größte Sorge der Volkswagenwerke.

Das Leichtmetallwerk Walmsiedel der Steine und Erden-GmbH wird vom April des kommenden Jahres an in Yngby hergestellt. Die Tagesproduktion soll bei etwa 330 t liegen. Für eine Wohnung werden rund 35 t ein Yngby benötigt. In der Fabrikation sollen etwa 170 Leute beschäftigt werden. Der Bau der Werkshallen hat bereits begonnen.

Ostzone

Die Materialplanung wurde durch äußerst schwere Anordnungen des Materialbedarfs sowie durch die der stark rückläufigen Ministerpräsident und Vorsitzende der Finanzkommission in der Sowjetunion, Herr, Bau, am 17. Dezember in der „Tagblatt-Bundesdruck“ Bau führte eine Reihe von Maßnahmen dafür an, daß der Unterschied zwischen der Materialanforderung und dem tatsächlichen Bedarf oftmals geradezu groteske Formen annehme. So seien z. B. die Anforderungen von Reifen von Pkw- und Lkw-Verkehr hoch, daß man unter Berechnung des Bedarfs je Fahrzeug

und 90% mehr Kraftfahrzeuge damit bereifen könne, als tatsächlich vorhanden seien. Überhaupt werden bei Reifen und Fahrzeugen geradezu verschwenderisch umgegangen. Unerschöpflich seien auch die Gründe für viele Anforderungen auf Erzeugnisse der Metallwerke. Es werde Häufiger für Schmiede- und Drehwerke von Kautschukträgern angefordert, die über solche Werke überhaupt nicht verfügbar. Bau stellt weiter eine Reihe von Beispielen für Anforderungen auf Brennstoffe auf, die den tatsächlichen Bedarf bei um das Zweifache übertrafen. Die über die ständigen Vertragskonten ermittelten Anforderungen der privaten Heizungsverbraucher für Nadelholzstäbe erster und zweiter Sorte liegen, so schreibt Bau, in der Regel um 300% über dem Bedarf. Bau führt unter anderem eine ganze Reihe von Beispielen auf dem Gebiet der Kautschukindustrie, der Elektroindustrie, u. a. m., auf. Er fordert eine genauere Materialanforderung, Vermeidung von Überproduktion nicht benötigter Waren und die Materialersparnis durch Verbesserungsvorschläge und durch Einführung von materialsparenden Konstruktionen.

Das Gesetz über die Einführung eines einheitlichen Staatshaushalts in der Ostzone wurde durch die Volkskammer von dem Ostzonenfinanzminister Dr. Hans Loch begründet. Das Gesetz sieht die Absetzung des Staatshaushalts, der auch die Haushalte der Gebietskörperschaften und die der Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts umfaßt, mit dem Volkswirtschaftsplan vor. Zum 31. Dezember d. Jahres soll ein Inventar des öffentlichen Vermögens vorgenommen und eine einheitliche Verwaltungsbuchführung festgelegt werden. Die Reichshaushaltsordnung wird mit dem Ablauf dieses Jahres außer Kraft treten. Die Reform des Staatshaushalts werde, so führt Dr. Loch aus, eine wesentliche Vereinfachung der Finanzverwaltung bringen. Durch die Übertragung der kassenmäßigen Durchführung des Staatshaushalts auf die Notenbank werde erreicht, daß diese in vollem Umfang ihre Aufgabe als Kontrollorgan des Volkswirtschaftsplans übernehmen könne. Das Gesetz wurde vom Plenum in den Haushalts- und Finanzsachverständigenrat übergeben.

Der Banknotenverkauf der Ostzonenrepublik hat sich laut Ausweis der „Deutschen Notenbank“ in der ersten Dezember-Dekade um 142 Mill. auf 245 Mill. Ostmark erhöht. — Die Volkskammer der Ostzonenrepublik hat auf ihrer letzten Sitzung ein „Gesetz zum Schutz des vor Anfertigung von Banknoten der Deutschen Notenbank verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung“ beschlossen. In diesem Gesetz heißt es, daß Papier, das dem zur Herstellung von Banknoten der Deutschen Notenbank verwendet und durch äußere Merkmale erkennbar gemachten Papier gleich oder sehr Verwechseln ähnlich ist, eingeführt, verkauft, angeboten, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht werden darf.

Nachdem die in den Berliner Verhandlungen bereits festgestellten Liquidationsbestimmungen für die Frankfurter Internationales Handelsabkommen unterzeichnet wurden, könne mit der Fortsetzung der Braunkohlen-Brückentiefenwager aus der Ostzonenrepublik an Westberlin und Westdeutschland über den 31. Dezember dieses Jahres hinaus geschoben werden, erklärte der Bundesrat für den innerdeutschen Handel der ostzonalen Regierung, Josef Orloff, am 18. Dezember über den Ost-Berliner Rundfunk. Diese Unterzeichnung sei noch immer nicht vollzogen, weil die westdeutschen Vertreter von Unterzeichnung nicht erhalten hätten. Orloff erklärte weiter, daß von September bis zum heutigen Tage 300 000 t Braunkohleerzeugnisse aus der Ostzone nach West-Berlin geliefert worden seien.

Ein Gesetzentwurf zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs wurde von der ostzonalen Volkskammer an den Haushalts- und Finanzsachverständigenrat übergeben. Dieses Gesetz, so erklärte der ostzonalen Finanzminister Dr. Loch, entspräche der Notwendigkeit, die Ostzonenrepublik vor Schwierigkeiten infolge der künstlich geschaffenen Kurrelation innerhalb Deutschlands zu schützen. Die Haltung Westdeutschlands, das die Währungsreform als Kampfmaßnahme gegen die Einheit Deutschlands durchgeführt habe, mache die Verknüpfung eines Gesetzes zum Schutz der Währung und zur Sicherung des Zahlungsverkehrs erforderlich. Direkte Zahlungen in natürliche oder juristische Personen mit dem Wohnsitz in der Bundesrepublik oder in Westberlin werden durch das Gesetz ausdrücklich verboten. Schuldner in der Ostzone dürfen ein ökonomisches Kreditinstitut zur Gutschrift auf ein Konto des Zahlungsempfängers ihre Zahlungen leisten. Solche Zahlungen haben nach diesem Gesetz die gleiche Rechtswirkung wie eine direkte Zahlung an den Zahlungsempfänger. Ferner bestimmt das Gesetz, daß Geldforderungen von Ostzonenbewohnern gegen Personen in der Bundesrepublik oder in Westberlin bei den Notenbank der Ostzonenrepublik angemeldet werden müssen. Diese Geldforderungen können nur nach den Weisungen der Ostzonenbank ihre Verwendung finden.

Ein Gesetzentwurf zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs wurde von der ostzonalen Volkskammer an den Haushalts- und Finanzsachverständigenrat übergeben. Dieses Gesetz, so erklärte der ostzonalen Finanzminister Dr. Loch, entspräche der Notwendigkeit, die Ostzonenrepublik vor Schwierigkeiten infolge der künstlich geschaffenen Kurrelation innerhalb Deutschlands zu schützen. Die Haltung Westdeutschlands, das die Währungsreform als Kampfmaßnahme gegen die Einheit Deutschlands durchgeführt habe, mache die Verknüpfung eines Gesetzes zum Schutz der Währung und zur Sicherung des Zahlungsverkehrs erforderlich. Direkte Zahlungen in natürliche oder juristische Personen mit dem Wohnsitz in der Bundesrepublik oder in Westberlin werden durch das Gesetz ausdrücklich verboten. Schuldner in der Ostzone dürfen ein ökonomisches Kreditinstitut zur Gutschrift auf ein Konto des Zahlungsempfängers ihre Zahlungen leisten. Solche Zahlungen haben nach diesem Gesetz die gleiche Rechtswirkung wie eine direkte Zahlung an den Zahlungsempfänger. Ferner bestimmt das Gesetz, daß Geldforderungen von Ostzonenbewohnern gegen Personen in der Bundesrepublik oder in Westberlin bei den Notenbank der Ostzonenrepublik angemeldet werden müssen. Diese Geldforderungen können nur nach den Weisungen der Ostzonenbank ihre Verwendung finden.

Hier abtrennen und einstecken

AN DEN

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlsruhe i. B., Veitheustraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name _____

Ort _____

Straße und Hausnummer _____

Von Yalta bis Brüssel — eine kleine Bilanz

Das belastende Erbe eines Gehirntrüsts

Seit Wochen befindet sich die Welt in einer, gesteigerter Unruhe. Mit dem Überfall des ursprünglichen der Sowjets besetzten Nordkorea auf die von den Amerikanern getrennt verbleibende Republik, d. h. des kommunistisch ausgerichteten Landes, ist ein sehr fragliches demokratisches Gebilde, ist der Kalte Krieg, der nun schon seit Jahren in immer stärkerem Maße die Beziehungen zwischen West und Ost bestimmt, unerwartet, von einem Tag zum anderen, zu einem heißen Krieg geworden. Das Feuer, mit dem man eine Zeitlang kühnlich spielte, ist damit ausgebrochen. Die Frage ist, ob der Kampf hier nur um den Besitz einer Halbinsel geführt wird, oder ob es sich um die Einleitung einer Weltkrisis handelt, die Menschheit heuchelt, oder ob es sich um die Einleitung einer Weltkrisis handelt, die Menschheit heuchelt, oder ob es sich um die Einleitung einer Weltkrisis handelt, die Menschheit heuchelt.

größen Beitrag zum Siege geleistet. Auch Stalin hat dies in einer schwachen Stunde anerkannt. Wahrscheinlich hat ihn damals die imposante amerikanische Kriegserzeugung Anerkennung abgerufen. Wir wollen damit die Größe und Bedeutung des amerikanischen Präsidenten, der einen gigantischen Krieg entscheidend führte, hervorheben.

In Yalta hat Roosevelt, wie aus den Aufzeichnungen Hopkins zu entnehmen ist, und sein Gehirntrost sich hinsichtlich der politischen Organisation Deutschlands nach dem Kriege und der „befreiten Länder“ mit allen seinen Demoskraten bezieht, anstatt auf gewisse Definitionen zu bestehen, die den Sowjets gar nicht behagten, Roosevelt war jedoch der Ansicht, daß man ihnen zur Vertrauensentziehung müsse, um auch bei ihnen Vertrauen zu finden. Unter Geltung einer Selbstverständlichkeit. Später stellte sich heraus, daß Stalin unter einem „demokratischen, freundlichen Regime in Polen, Rumänien und in Bulgarien“ etwas ganz anderes verstand als seine Verhandlungspartner. Die ablehnende Kommunikation war aber, daß Roosevelt ihre Versicherungen des guten Willens auf sowjetischer Seite in bloc akzeptierte, von denen damals zu erwarten war, daß sie nachher in bloc nicht gehalten würden. Bald sah man auch die Folgen dieser Vertrauensseligkeit, und zwar schon sehr kurz nach dem Tode Roosevelts, der zwei Monate nach der Konferenz von Yalta starb. Die Rote Armee stand in Wien, in Berlin und in vielen anderen europäischen Hauptstädten. Und überall begann geradezu automatisch der Bolschewismus- und Volksdemokratismus-entwurf anzusetzen. Die amerikanische Öffentlichkeit wurde äußerst unruhig und Truman sah sich gezwungen, Hopkins nach Moskau zu schicken. Dort machte Hopkins Stalin einmündlich auf die Gefahren für die amerikanisch-sowjetische Freundschaft aufmerksam und sagte ihm wörtlich eine fortwährende Verabsicherung der beiderseitigen Beziehungen vor.

Demokratien heute noch dem Osten bieten. Es ist im Augenblick wenig erfreulich und dürfte Stalin von der Überlegenheit der „klassischen“ Demokratien in ihrer westlichen parlamentarischen Form als eines Werkzeuges für die schnelle Durchführung bedrohlicher Beschlüsse kaum überzeugen. Aber Stalin ist Realist genug, jedenfalls mehr als es Hitler je war, und Gebah schon setzt er die Kräfte der Ansetzung und Erfinden nicht gering ein. Es soll aber nicht verkantet werden, daß sich das autoritäre System zweifellos beträchtlich im Vorteil befindet gegenüber der langsamen, stets von moralischen Erwägungen beschwerten bürgerlichen Welt. Und noch eines muß hervorgehoben werden; die Anziehungskraft des kommunistischen Systems, vor allem bei den ungeheuer landhungrigen, die Notwendigkeit einbreitenden Völkern Asiens. Mit dem Sieg des Rubels über den Dollar in China, der damit begann, daß die USA das korrupte Tschang-King-Regime „im eigenen Saft ertrinken“ ließen, kam ganz Asien ins Rutschen. Man heute der Sieger, weil als der Befreier der Asiaten bezeichnet, von Joch der kapitalistischen Ausbeuter. Die Konferenz von Colombo, die vor etwa einem Jahr in der wirtschaftlichen Hilfe einen Damm gegen die Ausbreitung des Kommunismus im Fernen Osten und in Südostasien zu errichten plante, kam einige Jahre zu spät. Dort kann man der Bevölkerung nur mit Land imporen und mit den dazu erforderlichen landwirtschaftlichen Geräten, aber keineswegs etwa mit Radio-Apparaten zum Abhören der Stimme Amerikas.

haften Handelsvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen habe. Wenn wir heute erfahren, daß die in Haft befindlichen prominenten iranischen Kommunisten auf mysteriöse Weise aus dem Gefängnis befreit wurden, dann können wir uns ohne weiteres vorstellen, daß der Iran auf dem besten Wege ist, ein sehr intimes Verhältnis zu der benachbarten Sowjetrepublik einzugehen. Ein weiteres, sehr gefährliches Gebiet ist Vietnam. Man kann damit rechnen, daß dort über kurz oder lang eine Entscheidung angeht. Daß es Hotschimin, dem Führer der kommunistischen Aufständischen, nicht an Waffen und an Freiwilligen fehlen wird, ist so gut wie sicher. Ein Verlust Vietnams bedeutet eine weitere Schwächung der europäischen Position in Südostasien, ganz abgesehen von der eben erwähnten Gefahr für die benachbarten Gebiete. Im Übrigen dürfte es durchaus in der Absicht Moskaus liegen, den westeuropäischen Exponenten des Atlantikpaktes, Frankreich, in Vietnam stark zu engagieren, um ihn in Europa zu schwächen. Man muß sich hier lebhaft an den von Lenin vorgeschlagenen Weg nach Paris erinnern, d. h. an den Ausmarsch Lenins der kürzeste Weg von Moskau nach Paris führte über Peking, Tokio und Kalkutta.

Trotz der erheblichen Strömung der großen Gegensätze ist — und das ist noch unsere Hoffnung — nicht zu verkennen, daß Washington und Moskau sorgsam darauf bedacht sind, die „Politik der offenen Tür“ aufrechtzuerhalten. Der Wunsch nach einer Vierer-Konferenz zur Lösung aller Probleme, die die Beziehungen zwischen West u. Ost in der Nachkriegszeit betreffen, wird von Westen zweifellos angestrebt. Allerdings ist der russische Part kaum mit Schmeicheleien einzulassen und an den Konferenzen zu bringen. Das weiß man im Westen sehr gut. Man muß ihn also auch in den Schritten seiner elementar demokratischen Friedenskonzepte und dem mit ihr verbundenen Friedenswillen, den man in westlichen Lager lebhaft anerkennt, zu stellen versuchen. Noch hat Moskau den westlichen Wunsch nach einem Gespräch nicht abgelehnt. Obwohl der Krieg in seinen Entscheidungen unübersehbar ist und sich sehr oft in der Tiefe des „Einsiedlers“ nicht, ist doch die Erklärung des sowjetischen Außenministers Witschinski vor seiner Abreise aus den USA bemerkenswert, in der er hervorhob, er sehe mit Truman ein, daß der Krieg nicht unvermeidlich sei. Witschinski kritisierte zwar die Vereinigten Staaten, verfehlte aber nicht, dem amerikanischen Volk für das kommende Jahr Wünsche des Friedens, des Wohlstandes und des Glückes zu entlocken. Also immerhin eine kleine Hoffnung.

hanische Strategie, die selbstverständlich, das Wohlwollen der Russen fand, weil sie ihrem Nachkriegskonzept entgegenkam, setzte sich durch.

Yalta: Wenig Kenntnisse und viel Vertrauensseligkeit

In den USA beschäftigt man sich vielleicht mehr als in anderen Ländern mit dem Fehltritt, die man in Yalta begangen hat. Aus den Aufzeichnungen des ersten Gehirntrostlers Roosevelt, Harry Hopkins, dessen Entfall unentbehrlich mit den unheilvollen Entscheidungen Roosevelts in Yalta verbunden ist, kann man ein klares Bild des amerikanischen Präsidenten gewinnen. Roosevelt hat, weil er das amerikanische Volk verstand, wie es auch von ihm verstanden wurde, im Anblick eines mehr als kritischen Parlamentes und zweiter Kriegswahlen, ohne diktatorische Maßnahmen, die amerikanische Krisenmanagement war über die Möglichkeiten aller anderen Krisenführer hinaus gestiegen. Er hat also zweifellos den

Allen Lesern und Freunden der Wirtschaftsrevue wünschen Verlag u. Redaktion ein friedliches und frohes Jahr 1951

Karlsruher Wirtschaftsverlag G.m.b.H.

Tausend Irrtümer auf einen Grundirrtum reduziert

Selbstverständlich stellt sich heute, wie gesagt, so kurz nach einem Kriege, an dem man teilnahm, um die Gewalt zu beenden, die Menschheit die Fragen von Fehlern besonnen und was Irrtümern erliegen, ist die Welt nicht endlich in den Gemütern einer Freiheit vor Furcht kommen. 1941, wie die Atlantik-Charta feierlich als eines ihrer Grundstücke verkündete. Leider, und wir betonen damit den tiefen Sinn dieses Wortes, leider waren es die Amerikaner, deren politische Führung im zweiten Weltkrieg, mit ihren Irrtümern hat unmittelbar nach dem Ende des Krieges eine fast permanente kriegsgründliche Krise hervorrief. Das amerikanische Volk, und das wird wohl niemand bezweifeln, hat in den Krieg, um der Menschheit einen dauernden Frieden zu bringen. Die USA erwarteten den Krieg — die Vorkriegs über dem Frieden. Der Irrtum ist nicht, die die zum Verlust des Friedens geführt, die ein Zwischenstadium schufen, das, insofern aber sicher, zerstörend wirkt. Diese Irrtümer können aber auf einen einzigen und schließlich auf einen Grundirrtum, wie Hanson, Baldwin, der ständige Militär-Experte der „New York Times“ in einer umfassenden Studie feststellt, reduziert werden. „Wir haben für den unmittelbaren Sieg gekämpft“, heißt es darin, „nicht für den darauf folgenden Frieden. Anders als die Engländer und die Russen hatten wir kein großes Ziel, kein allgemeines Konzept... Die Engländer und die Russen, das heißt und kämpften im Hinblick auf die Welt nach dem Krieg, wie wir Deutschland und Japan nicht schlagen konnten... Die USA, in anderen Worten, hatten keine Friedensziele; wir hatten nur eine ganz vage Idee von allgemeinen Grundrissen (Atlantik-Charta, UNO), von einer Nachkriegswelt, die wir wünschten...“

Runde um Runde nach altem Rezept

Hätten Roosevelt und seine Berater in den alten Archiven in Washington etwas herausgeholt, etwas unter „Europa und die russische Expansion“, dann wären sie sicherlich auf einen Bericht des unruhigen Nationalhelden Kenneth Latta aus dem Kongreß gestoßen. Dieser Bericht dürfte auch heute, also nach mehr als 100 Jahren, volle Gültigkeit haben. Wie die russische Macht wuchs und wie sie durch eine schwankende Haltung und durch Kompromisse nur gefördert wurde, darüber sagt Kenneth... Ein solches Schwachsinn hat immer nur auf Fatale, daß Russland auf dem Wege zur Machtverehrung zwei Schritte vorwärts macht, von denen dann die heutigen Diplomaten einen sofort anerkennen, und sogar stolz darauf sind, daß sie nicht beide Schritte sanktioniert haben. Das Ergebnis aber ist, daß Russland wieder einen Schritt nach vorwärts gewonnen hat und damit wieder eine Brücke für zwei weitere Schritte schließt, von denen dann die europäischen Diplomaten wieder einen ausbehalten zusetzt sind.“ Diese Politik ist typisch russisch; sie hat auch nach dem Zerstoßen keine Wandlung erfahren. Und man muß schon sagen, die sowjetischen Staatsmänner haben in größtem Maße jene Eigenschaften, die Machiavelli einem guten Staatsmann zuschreibt, nämlich eine ständige Mischung der Eigenschaften des Löwen und des Fuchses... Den Sowjets ist es vollkommen gleichgültig, daß ihre Machtpolitik nach einem alten, geradezu beleidigend einförmigen Schema vor sich geht. Es kommt ihnen auf das Erreichte an. Und man kann nicht leugnen, es gewinnen seit Kriegsende Rußlands um Runde ohne einen Einsatz. Ein einmal erworbenes Gelände wird ihnen weltberühmten Plänen entsprechend eingestrichelt. Man erschauern geradezu vor dem Tempo und der Zielweisheit, mit dem sich diese Vorläufe vollziehen... für bis zum letzten durchgeschalteten Vortrags des Kommunismus in die „unendlichen Gefährlichkeiten“ wie der amerikanische Generalsekretär Owen Bradley die an die sowjetische Einflußsphäre in Asien und dem Nahen Osten angedrungen Gebiete in einem Artikel, der in der Türkei einige Unruhe verursachte, besprochen hat. Die Entschäumer der Amerikaner über ihren ehemaligen Bundesgenossen ist groß und ist

berichtet. Das geht sehr einseitig aus einer Erklärung des ehemaligen USA-Vizepräsidenten Wallace hervor, der sehr, sehr lange an den guten Willen der Russen zur friedlichen Zusammenarbeit glaubte und sich immer wieder für einen amerikanisch-sowjetischen Ausgleich einsetzte. Wallace erklärte nun, daß die Russen das Tempo des Kalten Krieges aber zu beschleunigen wüßten, denn zu verlässlichen, Solange Russland und China nicht Beweise dafür liefern, daß sie an einem Friedensprogramm interessiert seien und auf Produktionsprogramme verzichten, müssen die USA so rasch wie möglich und so stark aufbrechen, bis Russland und China ihre Politik ändern. Man kann die Entschäumer des Amerikaners verstehen, wenn man das Buch von Wallace, „The Century the Common Man“ liest, vor allem die Stelle, an der er ein Gespräch mit Molotow über die friedliche Zusammenarbeit in amerikanischen Großunternehmen nach dem Kriege anführt. „Ich dachte an die Arbeitslosigkeit und das Elend, das leicht auf diesen Krieg folgen könnte, und sprach von der Notwendigkeit, produktives öffentliches Arbeiten, welche die Privatheit der Menschen anregen würden, und ich meinte, der Anfang könne mit einer Kombination von Straßenbau und Luftlinie von Südamerika über die Vereinigten Staaten, Kanada und Alaska nach Skandinavien und weiter bis nach Europa gemacht werden, mit Abschluß an Straßen und Luftwege Chinas, Indiens und des Mittleren Ostens. Molotow sofortige Reaktion war: Kein Staat kann das allein schaffen“ und dann sagte er: „Sie und ich werden diesen Tag erleben“.

So kann man also die Auswirkungen der Konsequenzen von Yalta Phase um Phase verfolgen, in geradezu unabweisbarem Tempo bis zu der nunmehr erfolgten Proklamierung des nationalen Notstandes, durch Roosevelt Nachfolger Truman.

Was von weitblickenderen Menschen seit längerer Zeit befürchtet wurde, droht nach den letzten Entwicklungen Wirklichkeit zu werden. Die Welt beginnt sich immer sicherer in eine östliche totalitäre Hälfte und eine westliche demokratische Hälfte zu spalten. Wir wollen nicht untersuchen, welches Bild die westlichen

So wurde der Notstand dringlich

Wir haben in groben Umrissen die Entwicklung aufgezählt, die sich nach Yalta angebahnt hat und die nun die USA zu jenen schwerwiegenden Maßnahmen zur Eindämmung der kommunistischen Aggression zu erzwingen. Es war kein leichter Entschluß für den amerikanischen Präsidenten den Nationalen Notstand zu proklamieren. Was das für die ganze westliche Welt bedeutet, darüber muß man sich klar werden. In der bedrohlichen Lage — man schaut sich diese mancherorts noch gar nicht vor Augen geführt zu haben — werden die USA kaum mehr die bisherige allgäu große Duldsamkeit und Rücksichtnahme üben können, die fast ausschließlich Westeuropas gegen die Bedrohung aus dem Osten heranzieht und versichert. Jedemfalls bedeutet ein Notstand der USA auch Notstand aller Atlantikpakt-Mächte. Das, so meinen wir, betrachtet die amerikanische Nation als eine Selbstverständlichkeit. Die USA haben sich entschieden für ein ganzes Gewicht, ihr militärisches und ihr industrielles, für die Verteidigung Europas einzusetzen. Um was es heute geht ist in erster Linie, die Zeit, die die Westmächte benötigen, um die notwendige Anzahl von Divisionen aufzustellen, auszurüsten und auszubilden. Die in den letzten Wochen und Monaten als simples zur Schau gestellte militärische Schwäche des Westens soll nun schleunigt überwunden werden. Bis die erforderlichen Divisionen zur Verteidigung bereit sind, muß die westliche Diplomatie ein Musterstück vollbringen. Daß dazu mehr als nur die Fähigkeiten eines Löwen erforderlich sind, das braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Auf der Suche nach Soldaten...

Wie sich seitens der Franzosen hinter ihrer Maginot-Linie vor jeder Überraschung sicher fühlen, so fühlen sich auch die Amerikaner, sich im alleinigen Besitz der Atomwaffe wähnend, gegen jede Aggression gewappnet. Um die furchtbare Wirkung dieser Waffe aufzuregen und die Bevölkerung in ihrem höchstselbstgefühl zu stärken, wurde von Zeit zu Zeit die Produktion neuer, verbesserter Bomben mit x-facher Wirkung der Hiroshima-Bombe der amerikanischen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Aber auch die Sowjets haben keineswegs geschlafen. Sie haben es verstanden, sich durch Mittelmeer an die Atomforschung in England und in den USA heranzumachen und, wenn nicht alles täuscht, sehr wichtige, wenn nicht ausschlaggebende Forschungsergebnisse zu erlangen. Inwiefern dieses Material tatsächlich zur Entwicklung von Atombomben in der Sowjetunion beitragen hat, wird wohl kaum jemals geklärt werden können. Fest steht, daß in der Sowjetunion Atomwaffen-Versuche stattgefunden haben. Diese Tatsache hat jedenfalls die USA bewegt, ihre Sicherheit nicht auf die Atombombe allein zu stellen, sondern Heer, Marine und Luftwaffe wieder mit besonderer Sorgfalt aufzubauen. Erst der Korea-Konflikt hat aber wieder ein schnelleres Tempo der Wiederbewaffnung angeleitet. Die Entwicklung im Fernen Osten hat dieses Tempo noch beschleunigt, und es wird nicht lange dauern, und die Rüstungsproduktion der USA wird auf vollen Touren laufen. Was das bedeutet, hat Deutschland im ersten und nun auch im zweiten Weltkrieg erfahren. Der Beitrag der USA war für beide Kriege entscheidend.

Mit der Verstärkung der Rüstung wird aber auch der Ruf nach Soldaten laut, nach Männern, die die von den Amerikanern erzeugten Waffen für die Verteidigung des Westens gegen jede Aggression zu nutzen gewillt sind. Da die Amerikaner aus ihrer Erfahrung in Korea die Gefahr für Europa nicht zu unterschätzen gelernt sind, haben sich ihre Militärs über alle Bedenken hinweggesetzt und die Frage eines deutschen militärischen Beitrags in die Debatte geworfen. Daß sie mit einer mehr oder minder heftigen Reaktion auf Seiten ihrer Alliierten rechnen, darf angenommen werden. Umso dringlicher waren sie über die Haltung des deutschen Volkes zu dieser Frage. Darum ist zu schließen, daß die Amerikaner von vornherein eine positive Antwort erwarteten, sich also nicht um ihren Esprit über die Stimmung des deutschen Volkes unterrichten ließen. Dieses hat sinnigste „Nein“ der Deutschen hat aber nicht nur Überraschung sondern in einigen westlichen Ländern — ausgenommen Frankreich — auch heftigen Unwillen hervorgerufen, u. zw. zum Teil auch in den USA selbst. Man sprach von Drucksetzern, Erpressung usw. Auf diese Angriffe einzugehen, lohnt sich nicht, wohl dürfte es sich aber lohnen, auf die Situation der Bundesrepublik und der westdeutschen Bevölkerung hinzuweisen bevor wir auf unsere Vorkerkung für den Kriegsdienst,

So wurde der Notstand dringlich

der wir auf der Brüsseler Konferenz teilhaftig wurden, näher eingehen. Das deutsche Volk befindet sich in einer „grimmigen“ Gefahrenzone, unmittelbar am Eisenen Vorhang, hinter dem sich der Götze bis tief nach Ungarn hinein gutbewaffnete und kampferprobte Truppen schieben. In der Bundesrepublik stehen nach wie vor Besatzungstruppen und nicht etwa ausgesprochene Verteidigungstruppen. Die primäre Aufgabe dieser Besatzungstruppen, der verschiedenen Kontrollorgane, wie z. B. des sog. Wachbundes usw. ist, den Feind — Deutschland hat keinen Friedensvertrag — niederzuhalten, eine etwaige Wiederbewaffnung zu verhindern usw. kurz das DDD-Programm — Denazifizierung, Demokratisierung, Dekartellisierung, Demilitarisierung — zu überwachen. England und Frankreich haben mit der Sowjetunion einen langjährigen Vertrag abgeschlossen, in dem sich die Staaten gegenseitig förmlich verpflichtet haben, sich im Falle einer ernsthaften deutschen Aggression beizuhelfen. Auf diese Verträge hat die Sowjetunion kurz vor der Brüsseler Konferenz der Atlantikpakt-Mächte hingewiesen und gleichzeitig eine sowjetische Note in Erinnerung gerufen, in der Moskau die westlichen Alliierten wissen ließ, daß es eine Demilitarisierung Westdeutschlands nicht dulden werde.

Wir fassen noch einmal zusammen: 1. Die Bundesrepublik befindet sich nach wie vor im Kriegszustand mit seinen Besatzungsbedingen, die hat somit keine Gleichberechtigung. 2. Ein Kontrollratsgesetz, von allen vier Besatzungsmächten unterschrieben, stellt den Besitz von Waffen unter strenge Strafe usw. usw. Die Voraussetzungen für eine Atlantikpakt-Armee sind also in keiner Weise gegeben. Dies müßten sich diejenigen vor Augen führen, die etwas weiter entfernt vom Eisernen Vorhang, hinter dem, nicht vergessen schließlich 30 Millionen Deutsche leben, dem deutschen Landese, der gesten noch Verbrecher war, heute aus durchdringten Gründen Flamen machen. Vergessen hat man jedoch, daß das deutsche Volk nicht mehr gewillt ist, sich noch einmal in ein Abenteuer zu stürzen, freiwillig jedenfalls nicht.

Es wünscht, wie alle anderen Völker auch, daß ein Gespräch zwischen West und Ost stattfinden würde. Die UN-Tagung hat keine Lösung der Korea-Frage und anderer, mit ihr verbundener Fragen gebracht. Man bekommt aber ein Bild der Probleme, die durch die Macht der Tatsachen gestellt sind und die stärker zu sein scheinen als die Fähigkeiten der Konferenz der UN, sie zu lösen. Sollte eine Vierer-Konferenz zustande kommen, so werden gewiß deutsche Fragen zur Verhandlung kommen. Man kann aber heute schon sagen, daß diese deutschen Fragen unter dem Gesichtspunkt überdeutscher Probleme behandelt werden. Das kann für Deutschland unter Umständen sehr günstig, es kann aber auch ungünstig sein. Die Zukunft wird es zeigen.

Schwarze Tage für unsere Tabakpflanzler

Von Dr. phil. Franz Meisner, Karlsruhe

Die „Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Qualitätstabakpflanzler“ hatte für die Landesverbände von Baden, Südbaden, Franken, Niedersachsen und Hessen für den 14. und 15. Dezember 1950 eine Größeneinschreibung von Schneidgut-Hauptgut aus den betreffenden Anbaugebieten angesetzt, bei der rd. 94 000 Zentner Haupt- und Obergut-Tabake der Sorten Burley, Virginia und Gooderthemer und auch etwas Zigarrengut der Sorte Gooderthemer und Havana HC zum Aufgebot gebracht wurde.

Die Einschreibung war am ersten Tag, Donnerstag, 14. Dezember 1950, von Rohstoffhandel und Qualitätstabak-Industrie im großen und ganzen an sich zufriedenstellend besucht, während von der schwarzen Zigarre nur eine kleine Portion war. Der Landesverband der südbadischen Tabakpflanzler brachte auch noch ca. 800 Ztr. südbadische Virginia-Tabake zum Aufgebot.

Zu Beginn hat der Landesverband der badischen Tabakpflanzler zurückgegangenes Sandblatt-Material aus der Einschreibung vom 20. November 1950 nochmals zum Aufgebot gebracht. Ein Teil davon fand Käufer, so z. B. 650 Zentner Sandblatt von Rot zum Preis von DM 100,50, 250 Ztr. Sandblatt aus Ludenau zu DM 85, 250 Ztr. Sandblatt aus Iversheim zu DM 85, 200 Ztr. Sandblatt aus Friedrichsbad zu DM 100,50, 150 Ztr. Sandblatt aus Freudenheim zu DM 80,40 und der leichte Hagel (I. H.) DM 60. Südbadisch konnte sein Burley-Sandblatt zu DM 95,20 und Rheinau für DM 73 verkaufen. Brühl erhielt für I. H. DM 84,20 und für m. H. DM 48,20. Leutenbach konnte rd. 140 Ztr. Sandblatt zum Preis von DM 94 absetzen.

Eine ganz große Enttäuschung berieten den Pflanzern die Preisangebote für ihre Haupt- und Obergut-Tabake. Die Käufer schrieben Preise ein, die sogar unter den Stopp-Preisen der Jahre 1939/44 lagen, oder Preise, die 10 bis 20% über den Stopp-Preisen standen. Manche Verkäufe erhielten überhaupt keine Gebote, oder dazwischen, daß man verstehen konnte,

wenn die Pflanzler es ablehnten, zu diesen Preisen ihre Haupt- und Obergut-Tabake abzusetzen.

Die „Arbeitsgemeinschaft“ hat sich — angesichts dieser katastrophalen Lage in der Preisbildung — nach kurzer Unterbrechung der Einschreibung und Aussprache mit den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Landesverbände der Tabakpflanzler entschlossen, an Bundespräsident HeuB, Bundeskanzler Dr. Adenauer, an die Bundesminister Dr. Schäfer, Dr. Niklas, Dr. Erhard sowie an die Bundesratspräsidenten Neubauer, Freudenberg, Lehfried, Stahl, Schüll, Dr. v. Brentano und Prof. Dr. C. Schmidt — alle Bunde nachstehendes Telegramm abzusenden:

„Heute Hauptgut-Einschreibung zu Heidelberg endete mit einer Katastrophe für Tabakpflanzler. Von rund 30 000 Ztr. konnte über die Hälfte nicht verkauft werden. Erzielte Preise 1. T. unter den Stopp-Preisen von 1939/44, 2. T. 19 bis 20% darüber. Pflanzler verlassen und erwarten von Bundesregierung und Bundestag sofortige Eingriffe durch Erfüllung unserer Anträge betr. Tabaksteuerreform bis 1. 1. 1951. Die den Pflanzern heute gebotenen Kaufpreise bedeuten einen Ausfall von rund 1,5 Millionen DM.“

Wenn auch die Tagespreise eine genaue Meldung bringt, wozu in den Bonner Regierungskreisen die Ansichten für eine Senkung der Tabaksteuer z. Zt. verhältnismäßig günstig beurteilt werden, so machte diese Notiz auf die Klüffelnicht die geringsten Eindruck, aber nicht auf die Pflanzervertreter, da man bis zur Stunde von Bonn aus immer nur Verhöhnungen, schöne Worte, aber keine Taten gesehen hat.

Ein Vergleich der heute gebotenen Preise mit den Stopp-Preisen unterstreicht überzeugend die Richtigkeit obiger Feststellung. So veräußerte Eggenstein sein Burley-Hauptgut zu DM 30,30 (Stopp-Preis RM 78), den I. H. zu DM 62,50, den m. H. zu DM 30, und den schw. H. zu DM 21. Ferni mußte zu DM 75, sein Burley-Hauptgut hergeben (70), Hagfeld mußte bei einem Stopp-

Preis von RM 73,50 zu DM 75 verkaufen. Hambrücken erhielt für I. H. DM 34, für m. H. DM 22. Rutenheim mußte zu DM 63,10 sein Burley-Hauptgut abgeben, Karldorf konnte überhaupt nicht verkaufen, ebenso Kirrloch nicht. Knieleinen bekam DM 60,90 bei einem Stopp-Preis von RM 70. Unverkauft blieben ferner Kronau, Liedelsheim, während Leopoldshausen DM 62,45 (73,50) erhielt. Neudorf erzielte DM 81,05 für Burley-Hauptgut bei einem Stopp-Preis von RM 73,30. Oberhausen erzielte DM 61,75 bei einem Stopp-Preis von RM 71. Rheinheim mußte mit DM 62,90 für Burley und DM 69 für Virgin sich zufrieden geben, bei einem Stopp-Preis von RM 69.

Die guten Qualitätstabakpflanzervereine, wie Althausheim, Brühl, Hockenheim, Kirsch konnten sich am ersten Tag nicht dazu entschließen, zu den geringen Preisen ihr Hauptgut abzugeben. Neudorf verkaufte sein Burley-Hauptgut schweren Herzens zu Preisen von DM 100, 105,50 (80,20). Oberheim erhielt für sein Burley-Hauptgut DM 88,88, 88, bei einem Stopp-Preis von RM 78, der I. H. brachte DM 63,00, m. H. DM 41, und sch. H. DM 27. Pfankstadt wurde mit DM 88,45, 89,15 abgeben, I. H. zu DM 63,65, m. H. zu DM 32, sch. H. DM 20,20. Schwetzingen bekam Preise von DM 82,25, 82,25, bei einem Stopp-Preis von RM 73,50, I. H. 61,60, m. H. DM 40,80.

Der Landesverband der südbadischen Tabakpflanzler, der ebenfalls zurückgegangenes Sandblatt-Material, aber auch luftgetrocknete und röhrengetrocknete Virginia-Tabake ausbot, mußte die gleichen trüben Erfahrungen sammeln. Die meisten Aufgebote an luftgetrockneten Virginia-Tabaken gingen zurück wegen ungenügender Bepreisung und nur das Sandblatt von Schwetzingen konnte zu DM 100 abgesetzt werden. Neudorf und Qersbach mußte für DM 90 sein unverkauftes Sandblatt verkaufen, während I. H. DM 98, m. H. DM 48, sch. H. DM 25 erbrachte. Von den röhrengetrockneten Virginia-Tabaken konnte nur ein Los mit 175 Ztr. des Vereins Dornersheim zum Preis von DM 150 verkauft werden, die übrigen Aufgebote an röhrengetrockneten Virginia-Tabaken gingen zurück.

Diese Hauptgut-Einschreibung hinterließ bei allen Teilnehmern einen mehr wie depressierenden Eindruck und wußte der Ablauf im Einschreibungslokal war derart gedrückt, daß überhaupt keine richtige Kaufstimmung — wie sonst üblich — aufkam.

Auch der zweite Einschreibungstag am Freitag, 15. Dezember 1950, nahm den gleich depressierenden Verlauf wie der Tag zuvor. Obwohl mehr Käufer an den Kreisen des Rohstoffhandels und der Qualitätstabak-Industrie zugewandert waren — es hatten sich auch einige Zigarren- und Stumpfenfabriken eingeschrieben — konnte eine Belebung des Absatzgeschäftes nicht festgestellt werden. Die Pflanzler, die heute rd. 40 000 Ztr. zum Verkauf stellten, waren durch die Ergebnisse des Vortages schon depressiert und mehr oder weniger verbittert, so daß sie sich sehr bald darüber beklagten, daß man ihre ehrliche, treue Arbeit nicht besser belohnen dürfe, wozu die Bundesregierung einer Tabaksteuerreform in Verbindung mit anderen steuerlichen Maßnahmen günstig gegenüberstehe, wie dies häufig und gerade, aber die Vertreter der Pflanzler, des Handels und der Industrie waren sich alle übereinstimmend darüber im klaren, daß über die Tabaksteuerreform erst dann ernsthaft gesprochen werden kann, wenn aus Bonn positive und handgreifliche Maßnahmen vorliegen; denn seit Monaten wird in Bonn über die Tabaksteuerreform in allen Nuancen gesprochen, aber nicht gehandelt. Diese unersättliche Tatsache läßt sich auch nicht durch Meldungen, wie am vergangenen Tag, besänftigen oder gar beschwichtigen. Solange keine greifbaren Verbesserungen aus Bonn vorliegen, bleibt der Markt für inländische Tabake drückend und Preisbildung und Absatz leiden die gleiche Not, wodurch die Pflanzler in eine mehr wie peinliche Lage gebracht werden. Man darf nicht vergessen, daß an der Erzeugung dieser rd. 85 000 Ztr. Haupt- und Obergut-Tabake, die

in diesen Tagen verkauft werden sollten, rd. 25 000 Klein- und mittelbäuerliche Betriebe beteiligt sind, für die das Tobakgeld schließlichen Fortbestand ihrer Betriebe, ihrer Familie und ihres Daseins bedeutet.

Auch am 16. Dezember wurden, trotz einer durch den Einschreibungsleiter gehaltenen Aussprache zwischen Vertretern des Rohstoffhandels und der Qualitätstabak-Industrie, Preise geboten, die z. T. bis zu 10% unter den Stopp-Preisen aus den Jahren 1939/44 lagen, z. T. nur 5, 10, im günstigsten Falle 20% unter den Stopp-Preisen. Selbst Spitzenpreise, mit zugehörig anerkannten Qualitätsleistungen, konnten nur zu gedrücktsten Preisen verkauft, so daß also die Unentschlossenheit in Bonn diesen kleinen, fleißigen Bauern den Lebensnerv zerschneidet.

Zuerst bot der Landesverband der hessischen Tabakpflanzler seine Haupt- und Obergut-Tabake — insgesamt 8 800 Ztr. — auf, dazu 475 Ztr. Zigarrenmaterial des Tabakpflanzervereins Schaafheim/Kirs. Die ersten Gebote an den Rohstoffhändlern, ab. während die hessischen Gruppen von Sachhausen überhaupt keine Gebote erhielten. Sandböden erzielte für die Hälfte seines Aufgebotes DM 81,80/81,05 (RM 78) und bekam für den Rest keine Gebote. Auch der Scharhof erhielt keine Gebote und die für Seckenheim abgegebenen Preisgebote konnten mit bestem Willen die Pflanzler nicht befriedigen und nicht zur Abgabe veranlassen, da sich die Preise um den Stopp-Preis herum bewegten. St. Leon, für die Zigarre gelistet, wurde ein bloß zum Preis von DM 94,00 an den Rohstoffhändler verkauft, während Burley-Hauptgut zum Preis von DM 82,50 abgesetzt wurde. Leiden bekam auch Walldorf nur Preise von DM 84,50/85,50 (RM 78). Walldorf konnte nicht verkaufen, ebenso Wiblingen und Wiesloch nicht, weil die Gebote zu unterwertig waren.

Die nächsten Einschreibungen finden am 17. und 18. Januar 1951 zu Speyer für die präzisions Zigarren-Haupt- und Obergut statt. Am 28. und 29. Januar 1951 wird Heidelberg das Zigarren-Haupt- und Obergut der Landesverbände Württemberg und Baden (Nekar, Brühl usw.) verkauft und den Schutz bildet der Verkauf des Zigarren-Haupt- und Obergutes des Landesverbandes der südbadischen Tabakpflanzler am 1. und 2. Februar 1951, zu Offenbürg.

Unsere Lageberichte

Auftragsmangel in den Basaltbriechen — 20 Proz. Exportanteil in der Werkzeugmaschinenindustrie — Starke Produktionssteigerung in der Blechwarenindustrie — Armaturenproduktion in einem Monat um 64 Proz. gestiegen — Hochkonjunktur in Polstermöbeln und Steppdecken — Chancen des Saatgutgeschäftes

Basaltgebiet am Rhein und im Westerwald

Das Basaltgebiet am Rhein und im Westerwald mit einer Kapazität von 8 Mill. t ist durch die Kriegsjahre schwer benachteiligt. Der chronische Mangel an Mitteln für Baustoffe der öffentlichen Hand, der seit Jahren darniederliegende Straßenbau, der erst seit kurzer Zeit langsam wieder auflebender wird, das Ausbleiben von Aufträgen für die Bundesbahn der Bundesbahn und die Verdrängung des Natursteins durch Schlämme und sonstige Kunststoffe führten zu einem katastrophalen Absatzmangel, der den verbleibenden Rest der Arbeiterschaft zu zeitweiliger Kurzarbeit zwang. Beispielweise benötigte die Bundesbahn statt früher 3 Mill. t in diesem Jahr nur 400 000 t Basalt. Für 1951 ist eine Verminderung der Abnahme um die Hälfte in Aussicht gestellt worden.

Angesichts der Notlage in den Basaltförderungsgebieten wurde die Landesregierung von den zuständigen Stellen aufgefordert, das Basaltgebiet als Notstandsbereich zu erklären. Das Bundesverkehrsministerium wurde die Bitte gerichtet, die Behörden zu Vorschlägen zu veranlassen und bei der Bundesbahn anzuregen, durch größere Abrufe überbrückt werden kann.

Werkzeugmaschinen-Industrie

Die Werkzeugmaschinen-Industrie in Nordrhein-Westfalen hat im Oktober ihren Umsatz gegenüber dem Vormonat um 2,5 v. H. erhöht. Der weiter ansteigende Export war am Gesamtumsatz mit 21,5 v. H. beteiligt. Die Produktionslage wird als gut bezeichnet. Auftragsaufträge gingen ein aus Südamerika und den nordischen Ländern. Das Ausland war vor allem an Metallbearbeitungsmaschinen für die spanlose Formung interessiert.

Blechwarenindustrie

Die Produktion der westdeutschen Blechwarenindustrie wurde in den letzten Monaten beträchtlich gesteigert. Während im Jahre 1949 der Monatsdurchschnitt des Produktionswertes bei rd. 28,5 Mill. DM lag, betrug dieser im Oktober d. J. bereits rd. 48 (im Vormonat 44,5) Mill. DM. Diese Produktionssteigerung war nur möglich, weil die Blechwarenindustrie über verhältnismäßig große Rohmaterialbestände verfügte, die im Augenblick der steigenden Konjunktur herangezogen werden konnten. Inzwischen sind diese Bestände aber zum größten Teil erschöpft, so daß auch dieser Industrie die Versorgung mit Rohmaterial, insbesondere mit Blechen, große Sorgen bereitet. Für November wird mit einem Produktionsrückgang um rd. 10 v. H. gegenüber dem Vormonat gerechnet.

Armaturen

Die Produktion an Armaturen in Nordrhein-Westfalen ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 64 v. H. gestiegen. Insgesamt wurden 2310 t Armaturen produziert. Der Auftragsbestand hat weiterhin steigende Tendenz, doch werden die Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung für die Armaturenfabriken zunehmend größer. Die Produktion von Installationsmaterial, isolierten Drähten und Leitungen stieg auf 901 t bzw. 1073 t gegenüber 578 t bzw. 585 t im gleichen Monat des Vorjahres an.

Polstermöbel und Steppdecken

Wie alle Industriezweige der Textilverarbeitung hat auch die Polstermöbel-, Matratzen- und Steppdeckenindustrie seit Juni d. J. einen erheblichen Produktions- und Umsatzanstieg

zu verzeichnen. Diese Aufwärtsentwicklung hat seit Mitte November 1950 eine kleine Stauung erfahren. Dennoch ist der derzeitige Beschäftigungsgrad dieser drei Industriezweige, die etwa 500 bis 600 Betriebe mit rd. 6000 Beschäftigten umfassen, als übernormal anzusehen. Die politische Krise hat zu einer Verknappung namentlich der auslandabhängigen teuren Rohstoffe (Wolle, Baumwolle, Heerg und Anilin) geführt und einen starken Preisrückgang dieser Erzeugnisse teilweise bis zu 40 v. H. ausgelöst. Trotz aller Bemühungen, sowohl die Verteuerung der Rohstoffe als auch die Lohnsteigerungen gemeinsam mit den Verarbeitern aufzufangen, ließ es sich nicht vermeiden, daß das Preisniveau für die Erzeugnisse der Polsterindustrie im letzten Halbjahr durchschnittlich um 10 bis 20 v. H. zu erhöhen.

Wesentlich gefördert wurde die Konjunktur durch die Belebung der Bautätigkeit und die damit zusammenhängende Ausfüllung der neu errichteten Wohnungen. Der gegenwärtige Monatsumsatz wird auf etwa 100 Mill. DM beziffert. Die künftige Entwicklung wird weitgehend von den Finanzierungsmöglichkeiten der Produktion und der Kaufkraft der Bevölkerung abhängig gemacht. Das früher bemerkenswerte Exportgeschäft in Polstermöbeln und Steppdecken hat bisher den Vorkriegsanteil noch nicht erreicht. Bei Durchführung der Liberalisierung hofft man jedoch, den Export wesentlich ausweiten zu können.

Die drei Fachverbände der Polstermöbel-, Matratzen- und Steppdeckenindustrie haben sich jetzt zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um die wirtschaftliche und sozialpolitischen Interessen dieser Industriezweige gemeinsam wahrzunehmen. Dementsprechend wurden zwei Ausschüsse gebildet, denen je vier Delegierte angehören. Eine gemeinsame Geschäftsführung für die IG besteht nicht. Zum Vorsitzenden der IG wurde C. Schulze (n. Fa. C. Heinrich Schotz, Goslar) und zum stellv. Vorsitzenden K. Ronge (Ronge & Co., Essen) bestellt.

Saatgutgeschäft

Die Saatguternte sowohl für den Gartenbau als auch für die Landwirtschaft war 1950 der Güte und der Menge nach zufriedenstellend. Allerdings machen die Knappheit an flüssigen Mitteln und die zögernde Kreditgewährung die Finanzierung des Saatgutgeschäftes schwierig. Die Jahresabschlüsse der Saatgut-Unternehmen dürften jedoch im allgemeinen einen Überschuss aufweisen.

Bemerkenswertes wird erwartet, daß die Notlage zur Selbstversorgung in Garten-erzeugnissen durch den Druck der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sich noch verstärken und die Nachfrage nach Gemüsesämereien wesentlich erhöhen wird. Die gleichen Gründe haben für breite Kreise der Bevölkerung das Konservengemüse wieder beliebter werden lassen, für das außerdem deutsche Truppenverbände ein bedeutender Abnehmer werden würden. Als sicher kann angenommen werden, daß die Gemüsesaatflächen, die 1949 mit 87 000 ha einen Tiefstand hatten, 1951 wieder bedeutend erweitert werden.

Bei den landwirtschaftlichen Saaten ist die Nachfrage nach Zuckerrübenmais lebhaft. Das gleiche gilt für Gassen. Dagegen ist die Lage bei den Getreidesaaten noch ungeklärt, weil die Landwirtschaft wegen der ungenügenden Kreditverhältnisse den Samen für die neue Ansaat vielfach der eigenen Erzeugung entnimmt.

Bayerwerk Dormagen gefährdet

Protest der Belegschaft gegen Isolierung

4000 Arbeiter und Angestellte des Werkes Dormagen der Farbenfabriken Bayer haben sich in einer großen Protestkundgebung gegen die Abtrennung ihres Werkes von dem Stammwerk Leverkusen ausgesprochen. Aus den Erklärungen aller Sprecher der Belegschaft ergibt sich, eine wie große Bestürzung und Unruhe der Beschluß der Alliierten Kommission bewirkt hat. Dormagen von Leverkusen zu trennen. Nachdem die Belegschaft des Werkes schon mehrere Jahre lang sich für das Verbleiben des Werkes Dormagen bei Leverkusen eingesetzt hat, so würde immer wieder betont, sei es an der Zeit, daß sich auch die alliierten Behörden endlich durch Überzeugen lassen, daß das, was eigentlich zusammengehört, auch zusammengehalten müsse und nicht willkürlich getrennt werden dürfe.

Der Betriebsrat des Werkes Dormagen, Dr. Hofmann, unterstrich die Berechtigung der großen Sorgen der Belegschaft durch die Feststellung, daß die Modernisierung der Betriebe die Einführung neuer Verfahren und die Steigerung der Qualität in den nächsten Jahren die Investierung eines Kapitals von 10 bis 40 Mill. DM erfordere. Angesichts der Tatsache, daß die Entwicklung volkswirtschaftlicher Faktoren sich immer mehr ausdehnt, steigt der Kapitalbedarf sogar auf das Doppelte. Ohne die wirtschaftliche Stärke von Leverkusen können die Aufgaben, die für den Fortbestand des Werkes Dormagen gestellt seien, nicht gelöst werden. Auch die notwendige großzügige Forschung sei nur in Zusammenarbeit mit Leverkusen möglich. Bei einer Abtrennung Dormagens würde es andererseits notwendig sein, eine neue Verwaltung aufzubauen. Der Aufbau einer neuen Organisation und Forschung erfordere aber eine

unproduktive Investition von 12 bis 13 Mill. DM. Nicht weniger bedeutsam für Dormagen sei auch die Versorgung durch Lieferungen und Verdienste. Die gegenwärtige Verteilung wirtschaftlicher Aufgaben erlaube es, die eigene Produktion zu verbilligen und zu verbessern. Die Abtrennung des Werkes würde die Ausgaben um jährlich 7 Mill. DM erhöhen. Eine Rentabilität sei damit nicht mehr gegeben.

In Ergänzung dieser Ausführungen unterstrich der 2. Vorsitzende der IG Chemie, Z. Esser, Hannover, die Koppelung des Werkes Dormagen mit den Werken Bodingen und Hofweil würde zusammen eine Investition von 40 Mill. DM erfordern, da Bodingen überaltert sei und Hofweil nicht einmal den einfachsten Anforderungen mehr genüge. In der ganzen Welt sei nur bei der Produktion volkswirtschaftlicher Faktoren in die chemische Industrie anzubringen, in Deutschland werde jedoch versucht, möglichst kleine Betriebsabteilungen herauszustellen. Dies könne Deutschlands nicht gebilligt werden.

In einer Entscheidung weist die Belegschaft darauf hin, daß sie in einer Urabstimmung ihren Willen zur Beibehaltung des historisch gewachsenen Zustandes einstimmig zum Ausdruck gebracht habe. Daher protestiere sie nachdrücklich gegen die vorgesehene Abtrennung des Werkes Dormagen von den Farbenfabriken Bayer, die für Tausende von Menschen die Arbeitsplätze gefährden würde. Sie gibt ihrem Erwartung Ausdruck, daß die Alliierte Kommission an der Schwelle des neuen Jahres endlich den Druck, die Sorge und die Unsicherheit in der Frage der Existenzsicherung von ihr nimmt, damit die arbeitenden Menschen das Vertrauen in die ihnen zubilligen demokratischen Rechte nicht verlieren.

An Verjährungsfristen denken!

Wenn das Jahr zu Ende geht, tut der Kaufmann gut daran, sich an die gesetzlichen Bestimmungen über die Verjährung zu erinnern, um keinen finanziellen Schaden zu erleiden. Es empfiehlt sich daher, noch vor Ablauf des Jahres die vorhandenen Außenstände zu überprüfen und dabei folgende gesetzliche Regelungen im Rückblick zu ziehen.

Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt nach § 195 des BGB 30 Jahre. Sie beginnt im Zeitpunkt der Entstehung eines Anspruchs. Es gibt jedoch zahlreiche Ausnahmen von der normalen Verjährungsfrist. So verjähren nach § 196 des BGB in zwei Jahren die sogenannten „Geschäfte des täglichen Lebens“, so der die Ansprüche der Fabrikanten, Kaufleute und Handwerker sowie derjenigen, die ein Kunstgewerbe betreiben für die Lieferung von Waren, Ausführung von Arbeiten, Besorgung fremder Geschäfte zählen. Wird die Lieferung oder Leistung für den Gewerbetreibenden des Schuldners ausgeführt, so beträgt die Verjährungsfrist nach § 198 Abs. 2 des BGB 4 Jahre. Die zweijährige Verjährungsfrist gilt ferner für Eisenbahnunternehmen, Frachtführer, Schiffer, Lohnkutscher und Bosen hinsichtlich des Frachtpfandes, der Fracht, des Fuhr- und Botenschlages, für Gartenerbe und diejenigen, die Spielen und Getriebe gewerbmäßig veranstalten, für Gewährung von Wohnung und Beköstigung sowie für andere dem Gasten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährten Leistungen; ferner für die Ansprüche derjenigen, die in Privatdiensten stehen hinsichtlich des Gehaltes, Lohnes oder anderer Dienstbezüge sowie für die Dienstberechtigten wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse, für die gewerblichen Arbeiter, die Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes und anderer an Stelle oder an die Stelle des Lohnes veranlassten Leistungen sowie für die Arbeitgeber wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse, für die Lehrherren und Lehrlinge wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrage vereinbarten Leistungen sowie wegen der für die Lehrlinge bestellten Anlagen, Zinsen, Frachtmann, Unterhaltsbeiträge und alle regelmäßig wieder-

kehrenden Leistungen verjähren nach § 196 BGB nach vier Jahren.

Während bei der regelmäßigen Verjährung (30 Jahre) die Frist am Tage der Anspruchs begründung beginnt, verjähren die Ansprüche aus § 197 BGB in zwei bzw. in vier Jahren seit dem Schluß des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist. Andere besondere Verjährungsfristen sind in untenstehender Übersicht aufgeführt.

Einer besonderen Erwähnung bedürfen noch die Ansprüche gegen die Eisenbahn aus Frachtverträgen wegen Verlust oder Beschädigung des Gutes, Ausnahmen einer Nachnahme, Liefer- und Frachtführer, Frachterstattung usw.; diese Ansprüche müssen gemäß § 94 EVO schriftlich schriftlich und fristgemäß geltend gemacht werden, sonst wird die einjährige, in gewissen Fällen dreijährige Verjährung nicht eingehalten. Soweit einjährige Verjährung gilt und Ansprüche aus der Nachkriegszeit in Betracht kommen, würden sie Ende 1950 ablaufen, wenn die Verjährungsfrist nicht unterbrochen wird, was nach § 94 EVO nur durch Klage geschehen kann.

Übersicht über die wichtigsten Verjährungsfristen

- Verjährungsfrist 4 Wochen: Für Gewährleistungsansprüche aus Verträgen.
- Verjährungsfrist 1 Monat: Für Rückgriffsansprüche aus Inlandswechseln und Inlandschecks, Ansprüche aus Verletzung eines Wettbewerbsvertrages.
- Verjährungsfrist 6 Monate: Für Ersatzansprüche bei Miete, Mißbrauch und Pfandvertrag, Gewährleistungsansprüche aus Kauf- und Werkverträgen.
- Verjährungsfrist 1 Jahr: Für Ansprüche auf Aussteuer, Verjährung aus dem Frachtvertrag (§ 94 EVO).
- Verjährungsfrist 3 Jahre: Für Forderungen von Fabrikanten, Kaufleuten und Handwerkern für Leistungen von Arbeiten und die Lieferung von Waren an Privatpersonen, Forderungen von Land- und Forstwirten für die Lieferung ihrer Erzeugnisse an Privatpersonen, Lohn- und Gehaltsansprüche von Arbeitern und Angestellten aus dem Arbeitsvertrag, Provisionsforderungen, Honorare von Ärzten, Architekten, Beamten, Lehrern, Tierärzten, Zahnärzten, Dentisten, Gebühren von Rechtsanwältinnen, Notaren, Steuerberatern, Krankenhäusern und Anstaltskosten, Forderungen von Hotels, Gasthöfen und Privatpersonen gegen ihre Gäste, Forderungen der Spediteure, Frachtführer, Lagerhalter, Agenten, Makler.
- Verjährungsfrist 3 Jahre: Für Ansprüche aus unerlaubter Handlung und aus Patentverletzung, Wechselansprüche gegen den Akzeptanten, bestimmte Ansprüche aus dem Akzeptations (§ 2 EVO).
- Verjährungsfrist 4 Jahre: Für Forderungen der Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker, für die Leistung von Arbeiten und Lieferung von Waren für den Gewerbetreibenden des Schuldners, Forderungen der Land- und Forstwirte für die Lieferung ihrer Erzeugnisse an Gewerbetreibende, Zinsen aller Art, Anwartschaftsbeträge, Unterhaltsansprüche, Miete- und Pachtzinsen aus unbewickelten Verträgen, Renten und regelmäßig wiederkehrenden Leistungen aller Art, z. B. Altersrenten, Gehälter und Ruhegehälter aus öffentlichen Diensten.
- Verjährungsfrist 5 Jahre: Ansprüche bei Geschäftsbetriebsnahme gegen den früheren Inhaber, soweit nicht nach allgemeinem Bestimmungsgesetz eine kürzere Verjährung eintritt; Ansprüche aus Mängeln eines Bauwerks.
- Verjährungsfrist 30 Jahre: a) Für rückzahlige Teilgebühren oder durch Prozedurverblech festgelegte Ansprüche aller Art, mit Ausnahme der Unterhaltsansprüche, die nach 4 Jahren verjähren. b) Für alle Forderungen, für die nicht gesetzlich eine kürzere Verjährungsfrist gilt, z. B. Darlehensforderungen, Kaufpretsforderungen aus Grundstücksverkäufen, Ansprüchen aus Grundstücksverkäufen, Ansprüche von Gesellschaftern, Miteigentümern, Ansprüche aus Verletzung des Firmen- und Namensrechts, Forderungen von Bürgermeistern, aus ungerechtfertigter Bereicherung u. a.

Streifzug durch das ERP-Ministerium

Das deutsche Marshallplanministerium arbeitet mit neuen Methoden am Europäischen Wiederaufbauprogramm; es arbeitet nämlich unbürokratisch.

„Wer hier im Ministerium einen Gedanken hat, von dem er glaubt, daß er auf irgendeinem Arbeitsgebiet von Nutzen sein könnte, der nimmt einfach den Fernsprechnummer und ruft den zuständigen Referenten an“, erklärt Herr Mirow, der persönliche Referent des Bundesministers für den Marshallplan. „Wir haben es nicht, große Aktenbündel anzulegen, wenn eine Angelegenheit in einer kurzen persönlichen Aussprache erledigt werden kann.“ Diese unbürokratische Einstellung kennzeichnet das Ministerium in allen seinen Abteilungen, ein Ministerium, das an einer neuen, nie dagewesenen Aufgabe arbeitet: den deutschen wirtschaftlichen Aufbau in den Wiederaufbau ganz Europas einzufügen und darüber hinaus an der Schaffung einer zusammen-europäischen Wirtschaft mitzuarbeiten.

Das Bundesministerium für den Marshallplan hat nicht in der Bundeshaushaltsreform selbst, sondern in der großzügigen Reaktion des Bundespräsidenten auf die Marshallpläne übersehen, in der schließlich großen, ein wenig verweilenden Park erreicht man auf unumfänglicher Weise das „ERP-Schild“, das durch seine unübersehbare Architektur auf den Besucher einen fast verstaubten, im besten Falle romantischen Eindruck macht. Beim Eintreten freilich ist man völlig überrascht: für die fast völlige Ungeklärtheit der Innenräume sind Zweckmäßigkeit und Klarheit bestimmend gewesen. In den einfachen, hellen Bürosräumen herrscht allgemein ein freundhaft-kollegiales Ton, der frei ist von allen Formalitäten, Tischkette — vor allem Federkissen auf volkswirtschaftlichem Gebiet — ist hier weit mehr als Dekoration und ministerieller Rang.

Den Kern des Ministeriums bildet die Volkswirtschaftliche Abteilung. Sie stellt die Programme für die einzelnen Wirtschaftszweige zusammen, die den Bedarf der Industrie, der Landwirtschaft und anderer Wirtschaftszweige an ERP-Gütern widerspiegeln, und entwickelt daraus die Anträge auf Hilfslieferungen, die über den Europäischen Wiederaufbaufonds in Paris (OECE) der Marshallplanverwaltung in Washington (ECA) im Rahmen eines einmündigen Programms zugestellt werden. Sie prüft insbesondere auch die Anträge der deutschen Wirtschaft auf „ERP-Kredit“ aus dem Gegenwärtigen und hilft bei der Ausarbeitung der Investitionsprogramme der Bundesregierung. Außerdem befaßt sich die Abteilung auch mit der Beteiligung Deutschlands am ERP als Lieferant — denn die Bundesrepublik trägt durch ihre Lieferungen, vor allem von Kohle und elektrischer Energie, an andere ERP-Nationen wesentlich zum Gelingen des Marshallplans bei. Auch die Verbindung mit den Gewerkschaften, die Zusammenarbeit mit den anderen Fachministerien, die Tätigkeit in den Komitees der Europäischen Zahlungsunion in Brüssel (EPU), die internationale Marktordnung und schließlich die Geschäftsführung im ERP-Ausschuss des Bundesrates gehören zu ihrem Aufgabebereich.

Neben der Volkswirtschaftlichen Abteilung steht die sonstige Abteilung III, die sich mit technischen Fragen zu befassen hat. Sie zuzugewandten Beziehungen zur ECA in Washington und zur OECE in Paris, führt den Schriftverkehr mit den deutschen Vertretern in diesen beiden Städten, sichert durch ihr Beauftragerte alle Maßnahmen — seien es nun Verträge oder Gesetzesentwürfe im Bundesrat — in tatsächlicher Hinsicht, überprüft durch die „ERP-Kontroll“ die im Rahmen des ERP abgeschlossenen Verträge und räumt die technische Seite der Ein- und Ausfuhr von ERP-Gütern. Schließlich ist diese Abteilung noch für die „Vertriebskontrollen“ verantwortlich. Eine besondere Verantwortung trägt sie dafür, daß die im Rahmen des Marshallplans gelieferten Güter dem direkten Wiederaufbau auch wirklich zuzuführen und nicht etwa als Handelsobjekte mit Gewinnabsicht weiterverkauft werden oder gar auf dunklen Wegen hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden.

Eine Presse- und Informationsabteilung des Ministeriums sorgt dafür, daß die Ziele und Aufgaben des Marshallplans in Deutschland bekannt werden, und arbeitet mit der Sondervertretung der ECA in Frankfurt bei der Abfassung von Berichten und Broschüren für die Öffentlichkeit eng zusammen.

Die Aufgaben des Marshallplanministeriums so vielfältig wie sie werden von einem verhältnismäßig kleinen Personal — 40 Angestellten bewältigt. Einschließlich der deutschen Mission bei der OECE und der deutschen Vertretung bei der ECA in Washington zählt das ganze Ministerium nur 290 Beamte und Angestellte. Man fragt sich, wie selbst bei rationalster Einteilung der Geschäfte die anfallende Arbeitslast von diesen wenigen Mitarbeitern bewältigt werden kann. Die Antwort darauf gibt allein der Chef des Ministeriums, Vizekanzler und Bundesminister für den Marshallplan Franz Blücher: „Wie viele meiner Mitarbeiter kommen auch ich aus der Wirtschaft und habe immer sehr engen Kontakt mit den Amerikanern gehalten — das führt von selbst zu einer unbürokratischen Arbeitsweise.“

Die Aufgaben Minister Blücher und so vielfältig, daß nur eine Persönlichkeit wie er mit unermüdetem Arbeitswille sie bewältigen kann. Er ist:

1. Bundesminister für den Marshallplan,
2. Vizekanzler und Stellvertreter des Bundeskanzlers,
3. Deutscher Vertreter in der Ruhrbehörde,
4. Deutscher Vertreter im Ministerrat der OECE in Paris,
5. Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei.

Wenn er nicht gerade in Paris oder in Brüssel zu tun hat, findet man ihn buchstäblich Tag und Nacht in seinem Arbeitszimmer im Ministerium. „Der Chef ist ein Arbeiter“, erklärt seine Mitarbeiterin Frau Achtmann. Der Minister hat Wert auf genaueste Information über alle Vorgänge im Ministerium. Er hat nach amerikanischem Vorbild die „staff meetings“, die Besprechungen im weiteren Mitarbeiterkreis, eingeführt, bei denen jeder ohne Rücksicht auf Rang und Dienstalter eine Meinung äußern und Vorschläge vorbringen kann. Auch verlangt er ernstlich von allen Einträgen, vor allem von Zeitschriften aus der Bevölkerung, persönlich in Kenntnis gesetzt zu werden, und es ist dabei gleichgültig, ob eine große Firma einen Kreditantrag vorlegt oder ob ein Arbeiter aus dem Ruhrgebiet um Aufklärung über eine besondere Phase des Marshallplans bittet: der Minister liest alle Post und veranlaßt eine individuelle Beantwortung. Und so er am Tage vor Konferenzen und Finanzbesprechungen nicht dazu kommt, vertritt er die Beauftragten der Post auf die Nacht.

Am wichtigsten Aufgabe steht Vizekanzler Blücher die Arbeit am geplanten Europa an. „Dieses Europa ist schon jetzt eine Tatsache“, erklärt er. „Jeder, der die Einheitlichkeit der Arbeit in den Komitees der OECE in Paris versteht, hat weiß, daß dieses neue Europa auch durch die deutsche Mitarbeit zu stärken und zu festigen — das ist das Arbeitsziel des Bundesministeriums für den Marshallplan. H.-G. P.“

Glück und Glas...

Ein Besuch in der Stierstädter Glashütte

Die Bauteile, aus der Eisenbahnlinie Frankfurt-Oberursel angehen, haben wohl einmal bessere Tage gesehen, damals als sie noch das Frankfurter Bronze- und Metallwerk bestanden. Heute heißen sie kurz die Stierstädter Glaswerke. Glaswerk aus der Gabbler Gegend haben sie zum Sitz ihrer Tätigkeit erwählt, denn die Fabrik hat Anschluss an die Fernleitung, und das war für die Wahl ausschlaggebend.

Selbst man in das Hausatmosphäre getreten ist, merkt man, daß hier mit hohen Temperaturen gearbeitet wird. Um den großen schmelzweißen Ofen — hier „Hafen“ genannt — bewegen sich auf einer erhöhten Rundbahn Kräfte, nur mit Helm und Hose bekleidete Männer mit langen Stangen, an deren Enden sie den wackelnden Glashäfen aus dem Ha-

fen holen und durch geschickte, drehende Handbewegungen in zunächst birnenförmige Gebilde bringen. Die Bewegungen der Glashäfen scheinen sehr einfach als schwierig aber der Behälterhalter muß zu seiner Schande stehen, daß ihm der Versuch, einen derartigen Glasglobe selbst zu drehen und zu schwingen, gänzlich mißlingt. Die etwa bis zu Kübelsgröße wachsende Glasmasse am Ende der Stange wird bis zu 8 und 9 kg so daß ein großer Geschicklichkeit und einer ganz bestimmten wiggenden Bewegung bedarf, um die glühende Masse bald in der Luft auf und ab, dann in die vorbereitete Form zu schmelzen, oder sie mit Zangen zu langen Stäben auseinanderzuziehen.

Die Glashäfen sind Yachtleute, unter sich spezialisiert in Bläser für leichte und schwere

Gläser und anderes. Ihr Beruf ist vielfach vom Vater auf den Sohn übergegangen; im Gabbler Gebiet gibt es viele Familien von Glashäfern, die seit 200 Jahren und länger dort ansässig sind. Einige sind große Glasfabriken geworden, weitverteilte Leute, die es in der neuen Welt zu Ansehen gebracht haben, vermöge der Güte der sie Gabbler Glas- und Schmuckwaren bekannten Produkte. Nicht nur zu Ansehen, sondern auch zu Wohlstand, und dieser Wohlstand reicht bis in die Glashäferfamilien selbst, die ein auskömmliches Leben in ihrer böhmischen Heimat geführt haben.

Glas ist ein altes Produkt. Die meisten Menschen kennen es nur von dieser Seite, wenn sie betrübt vor den Scherben eines zerbrochenen Glasgegenstandes stehen. Die böhmischen Glashäfer wissen mehr von Glas, sie wissen, daß es — bevor es so zerbricht wird — eine glühende, leicht formbare Masse ist, der sie mit ihrer Kunst und Geschicklichkeit fast jede erdenkliche Form geben können. Dennoch hat auch bei ihnen das Sprichwort: „Glück und Glas, wie leicht bricht das“ in seiner schicksalhaften Bedeutung sich bewahrt. Daß trotzdem der Mut und die Tapferkeit erfor- dert haben, in so kurzer Zeit am ganz fremden Ort und unter den schweren Bedingungen der für Deutschland verlorenen Kriege ihre ansatzreiche Industrie wieder zu neuem Leben zu erwecken, zeigt, daß dieser Menschenstolz keinen Platz hat für Fatalisten, sondern nur für Optimisten, und daß sie nicht lange über die Scherben getrauert haben, die es anzuheben hat, sondern daransetzten sind, am neuen Ort neues und besseres Glas zu erzeugen.

Die ca. 70 im Untertausenkeits, in Oberursel, Stierstadt, Bad Homburg, Dornhulshausen, Oberhöchstädt, Knechtow und Königstein verstreuten Betriebe — auch in den Vororten von Frankfurt, in Wiesbaden, in Karlsruhe sitzen kleine Unternehmer — sind in der Hessischen Glas- und Schmuckwarenindustrie oGmbH, Oberursel, zusammengeschlossen. Die Stierstädter Hütte ist eine Rohglasbläse für sehr böhmischen Kristall, sehr Bleikristall, für Farbgläser in Hohl- und Prägläser, Stangen- und Stengelgläser, für Wirtschaftsgläser, Thermometer, Reflektoren u. a. m. Aus den in der Hütte erzeugten Glasstangen bis zu 30 Meter Länge werden in den Weiterverarbeitungs- betrieben — Glasbläse in allen Varianten, Schmucksteine — sogenannte Gabbler Edelsteine — Solbräsen, Anhänger, Halsketten, Armbränder, Löffel, kleine Aschenbecher, optische Linsen und im H. Jahr sogar Madonna-hergestellt. In dem Veredelungsbetrieb Josef Miltner und Co., der sich in einem Barackengelände am Rande von Knechtow niedergelassen hat, werden Keilgläser und Vasen in reicher Auswahl, Likörgläser, Monogram für Pfeffer, Salz und Essig, Toilettenarmaturen in allen Farben und Formen, Streuer, Aschenbecher, Flacons für die Parfümerieindustrie hergestellt.

Ein anderer Betrieb, der sich in einem ehemals- lichen Munitionslager bei Oberhöchstädt ansiedelt hat (A. Babel u. Co.) spezialisiert in der Herstellung von ABC-Glas-Rückstrahlern für Fahrzeuge aller Art. Bei den für Rückstrahler an Autos, Motorrädern usw. genutzten Gläsern handelt es sich um ein röthliches Spezialglas, das durch geeignete Anordnung der Schmelzfäden eine Licht- und Spindelwirkung

bis zu 300 m Entfernung gibt; auf die Farb- nuance kommt es ganz besonders an. Der Absatz dieser Gläser ist im Inland durch gestrich- liche Vorschriften ziemlich gesichert, zumindest so lange nichts anderes, besseres erfunden wird. Das Fabrikationsprogramm dieser Firma, die im letzten Jahr beschäftigt ist, soll noch durch Aufnahme anderer Artikel erweitert werden.

Das Schwergewicht der Gabbler Glas- und Schmuckwarenindustrie, auch in ihrem ehemals- lichen Stammsitz, ist von jeher beim Ex- port. So ist es auch heute wieder. Zur Zeit geht fast Dreiviertel der Erzeugung ins Aus- land, nach den Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Belgien, Südamerika und Süd- afrika und auch nach England, obwohl die britischen Einfuhrbestimmungen eine sehr strenge Auslese unter dem Gesichtspunkt „Wirtschafts- tag“ treffen. Die Erfolge der jungen westdeut- schen Glasindustrie mit ihren Erzeugnissen im Ausland sind nicht nur deshalb so eindrucksvoll, weil sie in dieser unwahrscheinlich kurzen Aufbauphase von drei bis vier Jahren er- reicht wurden, sondern weil sie sich entgegen- überhafter Konkurrenz aus der Tschechoslowakei, gegenüber anderen abgewanderten Gabbler- Betrieben, die heute in Österreich und in der deutschen Sowjetzone sesshaft geworden sind, und nicht zuletzt gegenüber der japanischen Konkurrenz, die auch wieder im Kommen ist, insbesondere die tschechoslowakischen Nach- folgebetriebe der ehemaligen Gabbler-Indu- strie sind heute als Staatsbetriebe, abstrakt- lisch zusammengefaßt in einem Export-Kontor, praktisch in der Lage, jeden Preis zu unter- bieten, wo es politisch opportun erscheint. Zur Zeit kann man sagen, daß die tschechische Kon- kurrenz der westdeutschen Preise im Mittel um 30% unterbietet. Auch der hohe Umsatzsteu- erkurs Mark-Dollar stellt selbstredend einen Wonnepotential dar. — Die New Yorker Frühjahrsausstellung vom Jahre 1948 und die diesjährige Chicagoer Messe waren von den westdeutschen „Gabbler“ besetzt, in den Vereinigten Staaten und sonach im Ausland wieder Fuß zu fassen, so ist das im Hinblick auf die Konkurrenz eine eindeutige Anerken- nung der Qualität. Es ist immer mehr zu er- warten, daß, wie es bereits in diesem Jahre der Fall war, die amerikanischen Schmuck- waren-Einkäufer auf ihrem Wege nach China die Reise im Rhein-Main-Flughafen un- terbrechen, um einen Abnehmer in das neue Glasgebiet am Vordere Tasman zu machen. Bereits in diesem Jahr haben einige dieser Ein- käufer nach ihrer Rückkehr aus der Tschecho- slowakei namhafte Aufträge an die junge hes- sische Glasindustrie erteilt.

Es sind Bestrebungen im Gange, die an den verschiedenen Orten in Westdeutschland, außer im Vordertasman gibt es Zentren in Karlsruhe, in Schwab, Grönd, in Trappenkamp, in Kuskirchen, in Karlsruhe und anderen, entstanden junge Glas- und Schmuckwaren- industrie an zwei bis drei Stellen zu konzent- rieren. Einige der ehemaligen großen Glas- fabrikanter, aus Unter-Pollau bei Gabbler, Arno Hiedel, ist vor kurzem aus der Tschecho- slowakei freizulassen worden und nach West- deutschland gekommen. Ein Glasfachmann, der nicht nur Inhaber vieler Patente ist, sondern der über reiche Fachkenntnisse verfügt und von früher einen Namen im Ausland hat,

Berliner Brief: Lebensstandard auf der Waage

Wie wir von dem Lebensstandard sprechen, wie er sich in einer Stadt wie Berlin be- zeichnen konnte, weil hier mit unzulänglichen Mitteln ein Wirtschaftsexperiment exemplarisch werden soll, denn eine freie Wirtschaft als Gegenpol gegenüber dem Staat, und der sich im Westen der Stadt von Osten unterscheidet wie Tag und Nacht, so eine erteilte Entwicklung verzeichnet, die Anlaß zu Hoffnungen für die Westberliner Wirtschaft bietet. Wir meinen die Entwicklung eines der wichtigsten Berliner Industriezweige, der schon vor dem Kriege neben der Elektrotechnik und der Textilindu- strie eine bedeutende Rolle spielte, der Fein- mechanik und Optik. Neben zahlreichen hand- werklich betriebenen Präzisionswerkstätten, haben die Namen Zeiss-Ikon, Sanitas, Askania und andere schon vor dem Krieg einen Namen in der Welt gehabt.

Wenn sich dieser Zweig der Berliner Indu- strie verhältnismäßig rasch in der letzten Zeit erholen konnte, so liegt hierbei der Umstand eine Rolle, daß hochwertige Fachkräfte, trotz aller Schwierigkeiten ihren alten Betrieben und Berlin die Treue gehalten haben, und daß der Rohstoffbedarf für die Erzeugung dieser Industrie verhältnismäßig gering ist, während der Lebensstandard sehr hoch liegt. Das muß natürlich die angespannte Berliner Leistungsbilanz zu verbessern.

Das trifft nun, obwohl der Produktionswert des Jahres 1950 für Westberlin berechnet, heute noch nicht wieder erreicht ist, Ertrag damals 8,7 Mill. Mark monatlich. Die Entwicklung im gegenwärtigen Jahr läßt jedenfalls den Schluss zu, daß die Produktion in absehbarer Zeit an- nähernd so hoch sein wird wie vor dem Krieg. Es wird sogar angestrebt, einen höheren Pro- duktionswert im Monat zu erreichen, der bei etwa 12 Mill. DM liegen soll. Das entspricht einem Vierteljahreswert von 17,4 Mill. DM. Die Abteilung Wirtschaft des Berliner Nagel- strahls hat hierfür einen neuen Kapazitätsplan aufgestellt. Dieser lag der Monatsdurchschnitt jedoch erst bei 2 Mill. DM und dürfte im vier- ten Quartal 1950 mit 1,7 Mill. DM erreicht haben. Es ist also noch ein weiter Weg bis zur Erzielung des angestrebten Produktionswertes zurückzu- legen.

Man kann aber jedenfalls annehmen, daß angesichts ihrer sich sehr erfreulich entwik- kelnden Absatz der Meisterung der Aufgabe erleichtert werden wird. Mehr und mehr setzt sich die deutsche Qualitätsarbeit auf dem Gebiet der Feinmechanik und Optik auf dem Weltmarkt wieder durch. Eine weitere Steigerung dieser Exporte ist durchaus wünschens- wert, denn ein sehr hoher Lohnniveau wird exportiert. Deshalb sollte gerade der Export feinermechanischer und optischer Erzeugnisse gefördert werden, obwohl der Binnenmarkt zur Zeit gleichfalls gute Absatzchancen bietet. Über die Entwicklung des Produktionswertes der Westberliner feinermechanischen und optischen Industrie gibt die nachfolgende Zusammen- stellung Auskunft: (in 1000 DM)

Jahr	Brutto-Produktionswert	Export
3. Quartal	3600	537
4. -	4400	682

Jahr	Brutto-Produktionswert	Export
1. Quartal	4410	1182
2. -	5100	2108
3. -	6097	2108
4. - (geschätzt)	8000	-

In diesem Industriezweig werden gegenwärtig 3400 Personen beschäftigt. Beobachtet man die kleinen Handwerksbetriebe dazu, so ergibt sich eine Beschäftigungszahl von rd. 6000 Personen. Die Rationalisierung hat in der letzten Zeit beträchtliche Fortschritte gemacht, so daß der Produktionswert je Kopf der Beschäftigten von 900 DM im Januar 1950 bis zum September die- ses Jahres auf rund 650 DM steigen konnte. Wenn damit auch noch nicht die Zahlen West- deutschlands erreicht werden, so ist eine Steigerung um rund 80% doch recht erheblich.

Gegenüber der Anzahl im Bundesgebiet, wo der Exportanteil der feinermechanischen und optischen Industrie im Gesamtexport rund 2,8% beträgt, erreichte die Berliner Industrie immerhin zwischen 7 und 9%. Im September waren es mit rund 1,0 Mill. DM sogar 14%, die von der Erzeugung exportiert wurden. Der Anteil der feinermechanischen und optischen Industrie an der Gesamtzeugung Westberlins beläuft sich auf 1,3 bis 1,8%, während der Anteil der westdeutschen Firmen mit etwa 1% an- gegeben wird. Diese Zahlen sind kennzeichnend für die Stellung, die die Westberliner fein- mechanische und optische Industrie im gesamt- deutschen Rahmen einnimmt. Sie hätte infolge der Wiederaufbau, die gerade in Berlin wirksam sind, nicht so schnell wieder erlangen werden können, wenn nicht eine gesunde Basis aus der Vorkriegszeit vorhanden gewesen wäre.

Das europäische Verteidigungsprogramm schafft für diese Industrien in Westdeutschland auch Westberlin eine besondere Chance, weil die entsprechenden Industrien des Aus- landes an bestimmte Produktionsprogramme für die Wiederaufbau gebunden sind, so daß mit einer zunehmenden Nachfrage des Auslan- des für die kommenden Jahre gerechnet werden kann.

Ungelöst ist bisher noch die Frage der Finan- zierung für den Aufbau und weiteren Ausbau in Westberlin. Von 20 Firmen wurden bisher 21 Mill. DM aus ERP-Krediten beantragt. Aber auch Betriebsmittel sind knapp, und gerade hier müssen sie reichlich vorhanden sein, weil die Fertigung beträchtliche Lohnsummen verschlingt, die sie finanziell zu realisieren ist. Hier Vorsorge zu treffen, dürfte sich als eine weitreichende Maßnahme erweisen.

Die Frage des sehr unterschiedlichen Lebens- standards der Berliner Bevölkerung, je nach- dem, wo der einzelne das Glück, oder auch das Unglück hat, zu wohnen oder zu arbeiten, ist eigentlich keine Frage mehr. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die gefühlsfähige Erkenntnis jetzt durch Untersuchungen des Deutschen In- stituts für Wirtschaftsforschung mit einem ent- sprechenden Zahlenmaterial untermauert wird. Es zeigt sich nämlich an Hand dieser Zahlen, daß der Kaufkraftunterschied der Ost- und Westmark noch wesentlich größer ist, als man allgemein angenommen hat.

Den Bestimmungen bei der Bedarf einer vier- köpfigen Arbeiterfamilie zugrundegelegt, bei der angenommen wird, daß noch ein Jugend-

licher als zusätzlicher Verdienster arbeitet. Für den Ostsektor und die Ostzone wurden bei den Lebensmitteln die HO-Preise zugrundegelegt, soweit sie über die Rationalisierung hinausgehen. Dabei sind noch nicht einmal die letzten Preis- erhöhungen für Butter und Eier mit einbezogen. Es ergibt sich danach folgender Aufwand für die Lebenshaltung:

September 1950 in DM	Westberlin		Ostberlin		Ostzone	
	Westberlin	Ostberlin	Ostberlin	Ostzone	Ostberlin	Ostzone
Nahrungsmittel	116,10	189,30	116,10	189,30	116,10	189,30
Gesamtwert	116,10	41,70	41,70	41,70	41,70	41,70
Miete	48,00	38,00	38,00	38,00	38,00	38,00
Heizung u. Beleuchtung	15,00	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70
Beheizung	66,90	207,10	207,10	207,10	207,10	207,10
Körperpflege	18,30	28,00	28,00	28,00	28,00	28,00
Bildung u. Unterhaltung	18,00	20,30	20,30	20,30	20,30	20,30
Hausrat	10,80	55,40	55,40	55,40	55,40	55,40
Verkehr	15,90	18,70	18,70	18,70	18,70	18,70
Insgesamt	204,40	811,80	811,80	811,80	811,80	811,80

Wie ungern die IEO dem Zwang, sich den westlichen Preisen anzupassen und die Ost- marktpreise mit großem Aufwand an Propa- ganda zu machen, gefolgt ist, ergibt sich daraus, daß im September die Preise für Nahrungs- mittel in der Ostzone das 3,7fache der Preise in Westdeutschland, für Beheizung das 4,3fache und für Hausrat das 1,3fache betragen.

Ins Auge springend ist der große Unterschied bei Nahrungsmitteln, Beheizung und Hausrat in den Preisen gegen die Westberliner Preise. Vorteil hat der Bewohner der Ostzone und des Ostsektors lediglich bei den fixen Kosten wie Miete, Fahrlohn und Beheizung. Diese Vor- teile wiegen aber die großen Nachteile bei den anderen Lebensbedürfnissen nicht im ent- sprechenden Maße auf.

Berücksichtigt man, daß das nominale Lohn- niveau im Ostsektor etwa dem in Westberlin gleichkommt, so wird klar, daß die Masse der Bevölkerung entweder nominell die doppelte Geldmenge aufbringen muß, wie sie der West- berliner benötigt, um den fixierten Lebens- standard zu erreichen, oder anders ausgedrückt, daß ihr Lebensstandard etwa auf die Hälfte des Westberliner Lebensstandards herabgeschraubt ist.

Die Ursachen dafür sind bekannt. Umfang- reiche Demontagen haben die Fertigung von Konsumgütern in Ostberlin und in der Ostzone bedauernd vermindert. Weiter spielt die oft nicht nach technologischen Prinzipien bestellte Leitung der volkswirtschaftlichen Industrie eine Rolle, und ist not least fallen die unvollständigen Massenher- stellung in Form von Verbrauchsgütern und Haushalts- nachschüben eine Rolle. Sie machen die Lebens- haltung in Ostdeutschland und Ostberlin so teuer und gestalten es nur wenigen bevorzugten Spitzenfunktionären der SED und Aktivisten überhaupt, den Lebensstandard Westberlins oder Westdeutschlands zu erreichen. Aber selbst in diesem Fall ist noch zu berücksichtigen, daß die Qualität der ostdeutschen Waren weitaus schlechter ist, als der westdeutschen Ver- brauchsgüter. Das ist ja Grund mit dafür, daß die östliche Bevölkerung selbst, wenn sie in einzelnen Fällen und bei einem hohen Kurs der Westmark in Westberlin mehr zahlt, sich doch zum Kauf außerhalb des Sektors der Freiheit entscheidet, wobei sie allerdings gelegentlich Gefahr läuft, daß die im Westen gekaufte Ware von überflüssigen Organen der Ostpolitik be- schagnahmt wird.

DIE SICHERHEIT

die uns das Vertrauen der vielen Dunlop-Freunde 1950

gegeben hat, ermöglichte den erfolgreichen Abschluß des

Wiederaufbaues unseres Werkes in Hanau.

Vir stellen Ihnen unseren Dank am besten dadurch ab,

daß wir uns dieses Vertrauens

auch in kommenden Jahren würdig erweisen

und weiterhin für Sie unter

der Devisen arbeiten:



DEUTSCHE DUNLOP GUMMI COMPAGNIE AG - HANAU AM MAIN

Welt-Warenmärkte

Unsicherheit weiter verstärkt

Unklarste Situation bei Kautschuk und Baumwolle — Wolle, Häute und Felle weiter fest — Kaffee und Kakao schwach

Die Konsolidierung der Preise an den internationalen Rohstoffmärkten machte in der Woche vom 18. Dezember weitere Fortschritte.

Table with 2 columns: Commodity (Weizen, Mais, Hafer) and Price (Chicago 14.12.50, 1.12.50). Includes sub-headers for 'Getreide' and 'Kaffee'.

Die Chicagoer Getreidemärkte zeigten in der Berichtswochende veränderten Antriegen aus größerer Abschwächung mit dem Auslande und aus der Bedeutung des militärischen Beschäftigten. ... Die Chicagoer Getreidemärkte zeigten in der Berichtswochende veränderten Antriegen aus größerer Abschwächung mit dem Auslande und aus der Bedeutung des militärischen Beschäftigten.

Salvador mit unverändert 378.000 Sack. Die Verarbeitungsrichtungen haben sich hierdurch jedoch nicht wesentlich geändert.

Table with 2 columns: Commodity (Kakao) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Kakaopreise in New York waren ziemlich stark rückläufig. ... Die Kakaopreise in New York waren ziemlich stark rückläufig. ... Die Kakaopreise in New York waren ziemlich stark rückläufig.

Im allgemeinen war der Preisstand an den internationalen Rohstoffmärkten bei guter Nachfrage gestiegen.

Table with 2 columns: Commodity (Zucker) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Tendenz schwächte zwischen stetig und behutsam. ... Die Tendenz schwächte zwischen stetig und behutsam. ... Die Tendenz schwächte zwischen stetig und behutsam.

Die Woche brachte mit Verzögerungen von dreiwöchiger Dauer in Europa und Mexiko und von zweiwöchiger Dauer in Peru eine lebhafte Bewegung im Wollemarkt.

Table with 2 columns: Commodity (Wolle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Woche brachte mit Verzögerungen von dreiwöchiger Dauer in Europa und Mexiko und von zweiwöchiger Dauer in Peru eine lebhafte Bewegung im Wollemarkt. ... Die Woche brachte mit Verzögerungen von dreiwöchiger Dauer in Europa und Mexiko und von zweiwöchiger Dauer in Peru eine lebhafte Bewegung im Wollemarkt.

Table with 2 columns: Commodity (Baumwolle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Antifallig waren die Notierungen für die Termine der laufenden Ernte an der New Yorker Baumwollbörse im Berichtswochen schwächer. ... Antifallig waren die Notierungen für die Termine der laufenden Ernte an der New Yorker Baumwollbörse im Berichtswochen schwächer.

Die Preise für die Termine der laufenden Ernte an der New Yorker Baumwollbörse im Berichtswochen schwächer. ... Die Preise für die Termine der laufenden Ernte an der New Yorker Baumwollbörse im Berichtswochen schwächer.

Table with 2 columns: Commodity (Kaffee) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Kaffeebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Kaffeebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Die Notierungen an der New Yorker Kaffeebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Kaffeebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Häute und Felle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

weltweit im Zusammenhang mit der Beschließung der Regierung von 200.000 Kanton koreanischer Baumwolle zur Deckung des Bedarfs der einheimischen Spinnereien gepaßt. ... weltweit im Zusammenhang mit der Beschließung der Regierung von 200.000 Kanton koreanischer Baumwolle zur Deckung des Bedarfs der einheimischen Spinnereien gepaßt.

Die Umsätze am Leinwandmarkt für Baumwolle in Bombay beliefen sich auf 4500 Ballen. ... Die Umsätze am Leinwandmarkt für Baumwolle in Bombay beliefen sich auf 4500 Ballen.

In der Woche vom 11. Dezember wurden in Großbritannien 43.700 Ballen Rohbaumwolle geerntet. ... In der Woche vom 11. Dezember wurden in Großbritannien 43.700 Ballen Rohbaumwolle geerntet.

Table with 2 columns: Commodity (Baumwollbestände) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Bei anhaltend gleichbleibenden Preisen wurde das Geschäft an der New Yorker Kautschukbörse durch die Rückkehr der Produktionen in China und Indochina belebter. ... Bei anhaltend gleichbleibenden Preisen wurde das Geschäft an der New Yorker Kautschukbörse durch die Rückkehr der Produktionen in China und Indochina belebter.

Table with 2 columns: Commodity (Kautschuk) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Kautschukbörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Kautschukbörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Häute und Felle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Häute und Felle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Häute und Felle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Häute und Felle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Häute und Felle) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Häute- und Fellebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

LEIPZIGER MESSE FRÜHJAHR 1951 4.-11. MÄRZ

Das umfassende Angebot Deutschlands und vieler ausländischer Staaten. 8400 Aussteller der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie.



Auskünfte erteilt die zuständige Industrie- u. Handelskammer oder Handwerkskammer

wie zu hoffen steht, die weltweite Lage im neuen Jahr klären sollte. ... wie zu hoffen steht, die weltweite Lage im neuen Jahr klären sollte.

Kapfer: Ungewöhnlich angepasst ist weiter der Kupfermarkt. ... Kapfer: Ungewöhnlich angepasst ist weiter der Kupfermarkt.

Zinn: Wesentlich ruhiger lag in der Berichtswochende der Zinnmarkt. ... Zinn: Wesentlich ruhiger lag in der Berichtswochende der Zinnmarkt.

Deutsche Börsen

Large table showing stock market data for various companies and indices, including Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, and München. Columns include company names and prices for different dates.

NE-Metalle in New York

Eines der hervorragendsten Merkmale des New Yorker Metallmarktes war wahrscheinlich die Abweichung in der Vorwoche mittlere Festigung des „graue“ Marktes. ... Eines der hervorragendsten Merkmale des New Yorker Metallmarktes war wahrscheinlich die Abweichung in der Vorwoche mittlere Festigung des „graue“ Marktes.

Metalle

Die jahresmittliche Abflauung im Metallgeschäft infolge der Abschuldarbeiten tritt in diesem Jahr nicht so sehr in Erscheinung. ... Die jahresmittliche Abflauung im Metallgeschäft infolge der Abschuldarbeiten tritt in diesem Jahr nicht so sehr in Erscheinung.

der Bank Tin Dredging Co. Ltd., sind sehr vorzuziehen in der Beurteilung der Preisauswirkungen für Zinn. ... der Bank Tin Dredging Co. Ltd., sind sehr vorzuziehen in der Beurteilung der Preisauswirkungen für Zinn.

Die Notierungen an der New Yorker Kautschukbörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Kautschukbörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Die Notierungen an der New Yorker Kautschukbörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Kautschukbörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Die und Fette

Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Die und Fette) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Die und Fette) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

Table with 2 columns: Commodity (Die und Fette) and Price (New York 14.12.50, 1.12.50).

Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert. ... Die Notierungen an der New Yorker Die- und Fettebörse haben sich im Berichtswochen nur wenig verändert.

